



Wortprotokoll

über die 34. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 15. Februar 2017

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeister

Schmid

3. Bürgermeisterin

Strobl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Verwaltung

Protokoll

Maier, Peisl, Bock, Bauert, Henn, Niedermayer

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 15.02.2017

- Oberbürgermeister Reiter
- 2. Bürgermeister Schmid
- 3. Bürgermeisterin Strobl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

CSU:

StR Dr. Babor, StRin A. Burkhardt, StRin B. Burkhardt, StRin Frank, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StRin Kainz, StR Kuffer, StRin Dr. Menges, StR Offman, StRin Dr. Olhausen, StRin Pfeiler, StR Podiuk, StR Pretzl, StR Quaas, StR Sauerer, StR Schall, StR Th. Schmid, StR Seidl, StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss, StRin Wiepcke, StR Zöllner;

SPD:

StRin Abele, StRin Boesser, StRin Burger, StRin Dietl, StRin Hübner, StR Kaplan, StRin Kürzdörfer, StR Liebich, StR Lischka, StR Mayer, StRin Messinger, StR Dr. Mittermaier, StR Müller, StR Naz, StR Reissl, StRin Rieke, StR Röver, StR Rupp, StR H. Schmid, StRin Schönfeld-Knor, StRin Dr. Söllner-Schaar, StRin Volk, StR Vorländer;

Die Grünen - rosa liste:

StR Bickelbacher, StR Danner, StRin Demirel, StRin Habenschaden, StRin Hanusch, StRin Koller, StR Krause, StRin Krieger, StR Monatzeder, StRin Nallinger, StR Dr. Roth;

Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (FTB):

StR Dr. Heubisch (FDP), StR Dr. Mattar (FDP), StRin Neff (FDP), StR Ranft (Piraten), StR Zeilinhofer (HUT);

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion:

StR Altmann, StR Progl, StR Schmidbauer;

FREIE WÄHLER:

StRin Sabathil;

DIE LINKE.:

StR Oraner, StRin Wolf;

ÖDP:

StRin Haider, StR Ruff;

Liberal-Konservative Reformer (LKR):

StR Schmude, StR Wächter;

Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA):

StR Richter;

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR	Dr. Böhle
Bfm. StR	Dr. Dietrich
Bfm. StRin	Hingerl
Bfm. StRin	Jacobs
Bfm. StR	Dr. Küppers
Bfm. StR	Markwardt
Stadtbaurätin	Prof. Dr. (I) Merk
Bfm. StRin	Schiwy
Stadtkämmerer	Dr. Wolowicz
Stadtschulrätin	Zurek

Inhaltsverzeichnis

Vor Eintritt in die Tagesordnung.....	6
OB Reiter:.....	6
Besetzung im Ältestenrat.....	7
Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich VI/17.....	7
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	8
Ökologischer Kriterienkatalog.....	8
Umsetzungsbeschluss zum weiteren Ausbau des Fahrradvermietsystems MVG Rad.....	9
OB Reiter:.....	9
Ergebnis der externen Begutachtung der IT der Landeshauptstadt München - öffentl. Teil.....	10
StR Ranft:.....	10
OB Reiter:.....	13
StR Dr. Roth:.....	13
StRin Sabathil:.....	17
StRin Hübner:.....	20
StRin Frank:.....	24
StRin Wolf:.....	28
StR Ruff:.....	32
OB Reiter:.....	33
Frau Hofmann (GPR):.....	33
Herr Dietl-Dinev (GPR):.....	34
OB Reiter:.....	35
StR Progl:.....	35
StR Dr. Mattar:.....	35
StR Schmude:.....	36
StRin Sabathil:.....	38
StR Reissl:.....	39

StRin Messinger:.....	40
StR Ranft:.....	41
OB Reiter:.....	42
„Haus mit der roten Fahne“ erhalten“	48
Frau Stöhr (Bezirksausschuss 8):.....	48
StR Oraner:.....	50
BM Schmid:.....	51
StRin Demirel:.....	51
BM Schmid:.....	54
StR Lischka:.....	54
BM Schmid:.....	55
StRin Wolf:.....	55
StRin Rieke:.....	57
StR Pretzl:.....	58
StR Schmidbauer:.....	60
StRin Wolf:.....	62
StR Bickelbacher:.....	64
StR Podiuk:.....	65
BM Schmid:.....	66
StR Reissl:.....	68
Haushalt der Landeshauptstadt München, Was haben wir gespart?.....	70
StR Ruff:.....	70
OB Reiter:.....	70
Ratsbegehren über den Bau einer 3. Startbahn am Münchner Flughafen.....	72
StR Wächter:.....	72
OB Reiter:.....	73
Standortbeschluss für zwei neue Unterkünfte für anerkannte Flüchtlinge.....	74
StR Richter:.....	74
BM Schmid:.....	77

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:11 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Vor Eintritt in die Tagesordnung

OB Reiter:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zu Beginn den Kollegen Alexander Reissl und Marian Offman zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren. Herzlichen Glückwunsch! - (Allgemeiner Beifall)

Ich darf ebenfalls Frau Dr. Menges nachträglich, da es in dieser Woche war, zum Geburtstag gratulieren. Sie feierte ihn am Montag. - (Allgemeiner Beifall)

Im Grunde haben wir daher heute allen Anlass, unser übliches Versprechen einzulösen, besonders schnell zu sein. Wir haben zwei Geburtstage, deshalb könnten wir doppelt so schnell sein. - (Zwischenrufe, Unruhe) - Wir werden sehen, - (Zwischenrufe) - ob wir das schaffen.

Besetzung im Ältestenrat

Aktensammlung Seite 5417

Beschluss:

Nach Antrag

**Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich VI/17
mit integrierter Landschaftsplanung,
Rosenheimer Straße (nordwestlich), Anzinger Straße (nördlich),
Aschheimer Straße, Ampfingstraße (westlich), Mühldorfstraße (südwestlich) und
Friedenstraße (südöstlich), Stadtbezirk 14 Berg am Laim**

Aktensammlung Seite 5421

Beschluss:

Nach Antrag

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 2, 3, 6 - 8, 11 - 13, 15 - 22 werden **einstimmig beschlossen**.
(Aktensammlung Seite 5425 bis 5466)

Ökologischer Kriterienkatalog Fortschreibung 2016/2017

Aktensammlung Seite 5441

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und
Bürgerbeteiligung, DIE LINKE., ÖDP, LKR und BIA):

Nach Antrag

Erklärungen zur Abstimmung:

StRin Wolf und StR Dr. Mattar verweisen auf ihre Erklärungen im Ausschuss.

**Umsetzungsbeschluss zum weiteren Ausbau des Fahrradvermietsystems MVG Rad
Stadtratsanträge Nrn. 1909, 1910 und 2303 der ÖDP sowie Nr. 1938 der SPD**

Aktensammlung Seite 5449

Beschluss (gegen die Stimmen der LKR):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

Die LKR verweist auf ihre Erklärung im Ausschuss.

OB Reiter:

Frau Stöhr, die Vorsitzende des Bezirksausschusses 8, hat Rederecht beantragt und gebeten, den Tagesordnungspunkt vorzuziehen. Das Rederecht wird erteilt.

Ich frage Sie daher: Möchten Sie die Tagesordnung so belassen wie sie ist oder möchten Sie die Reihenfolge tauschen? Wer ist dafür, die Tagesordnung unverändert zu belassen? - (Zwischenrufe, Unruhe) - Die Mehrheit ist dafür, dass wir die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte so belassen. - (Zwischenrufe) - Doch! Es hat etwas gedauert, aber letztlich ist die Entscheidung so. Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte bleibt unverändert. Frau Stöhr, Sie müssen zuerst noch ein wenig die IT-Diskussion begleiten.

Ergebnis der externen Begutachtung der IT der Landeshauptstadt München - öffentl. Teil
Stadtratsanträge Nr. 1559 von Stadträtin Strobl,
Nrn. 1375, 1628 und 1629 von Die Grünen - rosa liste,
Nr. 1160 der Stadträte Pfeiler und Seidl, Nr. 2628 von DIE LINKE.,
Nr. 1291 Empfehlung der Bürgerversammlung des 9. Stadtbezirks

Aktensammlung Seite 5419

StR Ranft:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein trauriger Tag. Erlauben Sie mir, meinen Redebeitrag so zu beginnen: Ich versuche, die Argumente der Reihe nach zu sortieren, weil durch den Ausstieg aus LiMux einiges durcheinander gekommen ist. Am Anfang stand die Überlegung der IT-Kommission, unterstützt durch das Gutachten der Accenture GmbH, ein IT-Referat zu schaffen.

In der Beschlussvorlage ist nunmehr die Rede von einem relativ schlanken Referat, verbunden mit mit Gesellschaften. Unsere Fraktion teilt diese Auffassung nicht. Wir wollen ein starkes Referat. Durch den Ausstieg aus LiMux ist es eigentlich kein Referat mehr. Wir suchen stattdessen einen Abwickler oder einen Konkursverwalter, dessen Hauptaufgabe sein wird, das bestehende System abzuwickeln und ein neues zu implementieren. Wir befürworteten das nicht.

Ebenso halten wir die Übertragung von Kompetenzen auf Gesellschaften für den falschen Weg. Ich erinnere an die Probleme bei der Olympiapark München GmbH. Die Kolleginnen und Kollegen, die mit mir zusammen im Aufsichtsrat sitzen, wissen, wie schwierig es war, die Umsatzsteuerproblematik in den Griff zu bekommen. Es hat Jahre gedauert, bis wir auf einem sicheren Weg waren. Es ist nicht zu empfehlen, diesen Weg erneut zu beschreiten. Genau dieselben Probleme werden wieder auftreten. Das ist keine Verbesserung, sondern ein Rückschritt.

Wir haben bei der IT der Landeshauptstadt München kein Softwareproblem, sondern ein Strukturproblem. Woher kommt das? Die Referate haben, wenn ich das einmal so flapsig sagen darf, ziemlich lange allein vor sich hin „gewurschtelt“. Ich werde nie den Tag der Eröffnung des neuen Rechenzentrums der Landeshauptstadt München vergessen. Wir waren zur Eröffnung eingeladen. Es gab in einem Raum pro Referat eine aufgestellte Tafel. Auf den Tafeln waren rote und grüne Zettel angebracht. Die grünen Zettel standen für Baustellen, die in den Referaten bereits erledigt

waren. Die roten Zettel standen für Baustellen, die in den Referaten nicht erledigt waren und noch anstanden. Ich stelle nun die Preisfrage: In welchem Referat waren die meisten roten Zettel? Es war das KVR. Das ist genau das Referat, in dem sich unsere Münchner Bürgerinnen und Bürger die Füße in den Bauch stehen, weil u. a. die IT nicht funktioniert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben alle einen Brief eines Mitarbeiters von it@M bekommen. Ich werde daraus zwei Passagen zitieren, weil ich es für wichtig halte, dass die Öffentlichkeit das erfährt. Der Brief beginnt folgendermaßen:

„Als Mitarbeiter bei it@M und Komponentenverantwortlicher und Entwickler für LibreOffice hat Ihr gemeinsamer Antrag“ [gemeint ist der der GroKo] immense Auswirkungen auf meine Arbeit. ...als solche finde ich sehr befremdlich, dass diese Entscheidungen nicht auf Basis von Fakten, sondern Emotionen und politischen Interessen getroffen werden. Vor allem die IT-Probleme in der Stadt haben hier zu einer Polarisierung geführt. Dabei sollte man allerdings bedenken, dass diese ihren Ursprung nicht in LiMux haben. Zum Beispiel nutzt das KVR ausschließlich Windows-Rechner mit einer stark veralteten OpenOffice Version, welche seit drei Jahren überhaupt nicht mehr durch it@M supportet wird. ...oder sogar noch nicht einmal im Betriebssystem sind, z. B. Probleme mit Web-Tools wie EWO oder einem falsch konfigurierten Spamschutz im Mailserver.“

Ich habe es bereits gesagt, es ist das Referat, bei dem am wenigsten ankommt. Ich weiß, dass auch bei Ausschreibungen einige Dinge falsch gelaufen sind: Man hat z. B. schlichtweg falsche Drucker besorgt. Es wird immer auf LiMux geschimpft, die eigenen Unzulänglichkeiten werden dabei jedoch nicht gesehen. Letztendlich wird auf dieser Grundlage eine Entscheidung getroffen, die die Stadt mit Lizenzgebühren, Umrüstungsgebühren und vielem mehr eine Menge Geld kosten wird. Offen bleibt die Frage, ob es auch eine Qualitätsverbesserung geben wird.

Eine Sache möchte ich ansprechen, die ich absolut „unterirdisch“ fand: Wir haben diese Angelegenheit aus der Zeitung erfahren! Viel schlimmer finde ich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IT aus der Zeitung erfahren müssen, was in Zukunft mit ihnen passiert. In Richtung SPD muss ich sagen...- (Beifall) - Die SPD rühmt sich damit, sich für Arbeitnehmerinteressen einzusetzen. Das sehe ich überhaupt nicht. So geht man mit Mitarbeitern nicht um.

Ich finde es sehr bemerkenswert, wie sich die Mitarbeiter in dieser Situation verhalten. Ich kenne einen anderen Sachverhalt, der Ihnen allen bekannt ist, aus dem letzten Jahr. Es gab eine Flugge-

sellschaft, deren Mitarbeiter aus der Zeitung erfahren haben, dass sie an eine österreichische Stiftung verkauft werden. Darauf hin haben diese sich reihenweise krank gemeldet und damit die Arbeit und den Flugbetrieb blockiert. Ich habe hohen Respekt vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt, weil sie diesen Weg nicht gegangen sind. Ich hätte mir vom Oberbürgermeister ein klärendes Wort an seine „schwarzen und roten Indianer“ gewünscht. - (Beifall)

In Richtung CSU möchte ich sagen: Im Moment lauft Ihr durch die Gegend und fordert mehr Sicherheit für die Bürger. Genau die Sicherheit gebt Ihr beim Datenschutz mit dem Wechsel zu Windows, auf. Das ist nicht nachvollziehbar. - (Beifall) - Ich denke besonders an die kritische Infrastruktur. Dazu gehören u. a. unsere Wasserversorgung, unsere Elektrizitätsversorgung, unser Gesundheitswesen sowie die Einsatzzentrale der Berufsfeuerwehren. In diesen Bereichen werden überall die Tore aufgemacht. Es wäre günstiger, die Daten gleich bei der NSA abzugeben und sich die Server zu sparen. - (Heiterkeit) - Ja, es ist so. - (Zwischenruf) - Nein, es ist keine Verschwörungstheorie. Sie müssen Fachartikel lesen!

Ich möchte zum Schluss noch einmal aus dem Brief des Mitarbeiters der Landeshauptstadt München zitieren. Darin schreibt er:

„Darüber hinaus finde ich die Pläne für einen Umstieg bis 2020 vollkommen utopisch. Wie sollen in dieser kurzen Zeit 9.000 Vorlagen und 130 offizielle Makros auf Microsoft Office umgestellt werden? Woher soll ein Formularsystem wie WollMux kommen? Haben Sie die Kosten in zehnfacher Millionenhöhe allein hierfür bedacht? Diese Fragen stelle ich Ihnen nicht nur als Mitarbeiter, sondern vor allem auch als Steuerzahler und Wähler.“

Genau darum geht es. So kann man nicht vorgehen. Heute ist ein schlechter Tag für den Datenschutz der Landeshauptstadt München und für die Bürgerinnen und Bürger, weil erhebliche finanzielle Belastungen auf sie zukommen. Die Datensicherheit bleibt auf der Strecke.

In Freiburg hat es einen Umstieg von offener Software auf Microsoft Produkte gegeben. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, die Stadtverwaltung bereut das heute sehr. Es sind immense Kosten auf die Verwaltung zugekommen. Ich bitte Sie, ersparen Sie den Münchnerinnen und Münchnern diesen Weg. Vielen Dank. - (Anhaltender Beifall)

- Beifallsbekundungen auf der Galerie -

OB Reiter:

Meine Damen und Herren auf der Galerie! Ich bin entspannt, dennoch darf ich Sie bitten, weder Beifall zu klatschen noch zu pfeifen. Es ist Usus in diesem Hause, dies zu unterlassen. Sie sehen mich tief entspannt, trotzdem muss das nicht sein. Wir haben uns diese Richtlinie gegeben, daher bitte ich Sie, sich daran zu halten. Danke schön.

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es ist nicht vermessen zu sagen, die internationale IT-Welt schaut wieder einmal nach München. Sie hat 2003 nach München geschaut, als global darüber berichtet wurde, dass eine Stadt sich traut, zum großen Softwaregiganten Microsoft nein zu sagen und einen eigenen Weg zu gehen. Jetzt schaut sie teilweise mit großem Befremden wieder nach München und fragt, wieso innerhalb von zehn Tagen ganz kurzfristig - vorher war davon nicht die Rede - eine 180°-Wende vollzogen wird und es eine reumütige Rückkehr zu Microsoft gibt. - (Beifall)

Ich habe noch nie so viele Anrufe, Mails, Medienanfragen und Reaktionen auf sozialen Netzwerken wie in den letzten drei Tagen bekommen. Ich wurde von deutschen sowie englischen Journalisten immer wieder gefragt: Was ist der wahre Grund? Was ist passiert?

Im Jahr 2003 seit Ihr umgestiegen und zehn Jahre später habt Ihr noch gefeiert, das Projekt sei gelungen. Frau Strobl hat damals eine Pressemitteilung herausgegeben. Was ist passiert? Ich habe geantwortet: Die CSU war immer schon dagegen. Die Artikel aus dem Jahr 2003 kenne ich ebenfalls. Weiter wurde ich gefragt: Was ist mit der SPD? Ich habe es nicht herausgefunden. Was ist passiert?

2003 schaute die Welt nach München. Steve Ballmer, Chef von Microsoft, hat seinen Skiurlaub extra unterbrochen, um mit Christian Ude zu verhandeln und zu feilschen. Christian Ude habe mehrmals gefragt: What else can you offer? Letztlich hat die Stadt München nicht einfach „aus der Hüfte geschossen“, sondern hatte einen genauen Vergleich der Angebote für Lizenzen und Support von Microsoft und für den Umstieg. Die Stadt hat das genau verglichen. Sie hat sich lange darum gekümmert, genau verglichen und anders entschieden. Damals wurde von der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Frau Strobl, gesagt, es sei eine langfristige Weichenstellung, um Unabhängigkeit von den Herstellern zu erlangen.

Im Jahr 2013 hat Frau Strobl gesagt: Es war ein konsequenter Schritt zu mehr Offenheit und Unabhängigkeit von einzelnen Softwareherstellern. Es war und ist demnach ein Erfolg. Die Medien

haben mich gefragt: Was ist seit damals passiert? Ich konnte keine Antwort geben. Ich konnte Ihnen etwas erzählen, aber nichts, das wirklich diese radikale Wende rechtfertigt. Was liest man in den Medien? Im Jahr 2014 hieß es, die beiden neuen Bürgermeister, Oberbürgermeister und 2. Bürgermeister, hätten Probleme mit der Auslieferung ihrer mobilen Endgeräte gehabt.

In einer Anfrage wurde später jedoch geklärt, es hatte überhaupt nichts mit LiMux zu tun. Was war es dann? Es gibt Unzufriedenheiten bei den Beschäftigten. Die mag es geben. Die gibt es bei der IT immer. Mit jeder Software ist man einmal unzufrieden. Fragen wir die Beschäftigten. Wir haben eine Umfrage gemacht. Was ist heraus gekommen? Ist heraus gekommen, das Hauptproblem sind LiMux und LibreOffice? Nein, 68,6 % aller IT-Anwender haben gesagt, sie sind mit der Funktionalität „eher oder ganz zufrieden“. - (Beifall)

Das Problem kam in der Umfrage zutage. Nur 32,1 % der IT-Schaffenden sind mit der Organisationsstruktur zufrieden. Das ist nicht einmal ein Drittel. Deswegen ist klar, die Organisation ist das Problem. Ein weiteres Problem ist, dass wir in manchen Bereichen technisch ein paar Jahre hinterherhinken. Das hat uns auch das Gutachten bestätigt. Wir müssen die IT technisch ertüchtigen. Kein Mensch hat gesagt, die offene Software ist das Problem. Stand es vielleicht im Gutachten? Hat es die Accenture GmbH gesagt?

Ich lese öfter Veröffentlichungen der Lobby der Freesoftware, die Accenture GmbH sei schuld, weil sie mit Microsoft wirtschaftlich verbunden sei und sogar gemeinsame Betriebsfeiern veranstalte. Nein, nicht einmal die Accenture GmbH ist schuld. Der Oberbürgermeister fasst mit eigenen Worten das Gutachten der Accenture GmbH wie folgt zusammen: Das Betriebssystem ist nicht der entscheidende Punkt. Das ist die Aussage der Accenture GmbH im Gutachten und ebenso in der Vorlage des Oberbürgermeisters, die ich in weiten Teilen teilen kann. Darin steht, ich zitiere:

„Die Gutachter empfehlen daher der Landeshauptstadt München LibreOffice, also offene Software im Bereich von Büroanwendungen weiterhin als Standard für die Bürokommunikation zu nutzen. Microsoft Office sollte als Fachanwendung behandelt werden, welche bei entsprechendem fachlichen Bedarf zusätzlich zur Verfügung gestellt wird.“

Das ist das alte Prinzip von Regel und Ausnahme. Beim Betriebssystem will das Gutachten zwar den Windows-Client stärken, aber den Linux-Client nicht völlig abschaffen. Wir haben nirgendwo Anhaltspunkte für diese 180°-Wende. Keiner sagt, wir müssen weg von der Open Software, weder die Beschäftigten, noch das Gutachten, it@M, STRAC oder das Direktorium. Nein, eine kleine

Runde von großen Spezialisten innerhalb der SPD-Fraktion und der CSU-Fraktion haben vor zehn Tagen bzw. zwei Wochen erkannt: Wir machen es ganz anders als unsere internen Experten und der Gutachter sagen. Wir machen es einfach anders.

Plötzlich ändern sich Meinungen. Frau Messinger hat noch im Jahr 2014 gesagt, als die erste Linux Debatte anging, wir hätten keinen Grund, unsere Position pro offener Software zu ändern. Herr Seidl, stellvertretender Vorsitzender der IT-Kommission, hat damals gemeint, die Kritik, die LiMux auf den Prüfstand stelle, sei unsinnig. Es sei - ich zitiere Herr Seidl wörtlich - „*eine sachfremde Einzelmeinung eines Juristen*.“ Er meint damit den 2. Bürgermeister Schmid, seinen Parteikollegen. - (Beifall) - Jetzt stehen die Namen Messinger und Seidl jedoch unter dem Antrag, der vorschlägt, es wieder ganz anders zu machen.

Was ist passiert? Ein Rätsel tut sich auf. Wie gesagt, keiner fordert es. Wir haben einen schönen kleinen Absatz im berühmten Änderungsantrag, die Ziffer 6 b. Es wird in einem kleinen Absatz versteckt. Haben wir größere Begründungen, Kostenabschätzungen oder Folgeabschätzungen? Nein, haben wir nicht nötig! Wir nennen jedoch ein genaues Datum, denn das wissen wir bereits: Silvester, 31.12.2020. Man wird sozusagen mit Feuerwerk und Böllern die Abschaffung der Open Software feiern. Endlich haben wir eine einheitliche Client-Architektur auf Windows Basis.

Windows steht im Änderungsantrag! Ein Markennamen steht dort! Sehr interessant! Weiter ist aufgeführt, es soll auch einheitliche Standardprodukte bei den Office-Anwendungen geben. In diesem Punkt ist zwar kein Markenname genannt, welche Anwendungen gemeint sind, hat uns Frau Hübner jedoch vor Kurzem ebenfalls verraten. Den Zeitungen sagte sie mehrmals, Word und Excel seien gute Programme und genau diese werde es hier geben. Also hat sie auch wieder Markennamen genannt. Interessant! Wir wissen also schon, welche Marken wir nehmen werden.

Was ist die Basis? Was haben wir abgeschätzt? Wissen wir, wie viel das kosten wird? Nein! Das steht dort nicht. Ich denke, in der nichtöffentlichen Vorlage - darüber verliere ich kein Wort - sind irgendwelche Lizenzkosten für Windows genannt. Es sind aber keine Lizenzkosten für Microsoft Office geschätzt worden. Ich habe nirgendwo die Höhe der Supportkosten gelesen. Wie hoch sind die internen Umstellungskosten? Wie viel Geld haben wir mit dem LiMux Projekt, das jetzt obsolet geworden ist, umsonst ausgegeben? Dazu haben wir eine Anfrage gestellt. Die Antwort war: Mindestens 14 Mio. €. Die Höhe der Kosten für den Hardwareersatz, weil Microsoft teilweise eine

andere Hardware nutzt, beläuft sich auf mindestens 3 Mio. €, wurde vor zwei Jahren geschätzt. Jetzt liegen die Kosten wahrscheinlich höher. In einer Anfrage aus dem Jahr 2014 zum Thema „Sicherheitsproblem“ antwortete der Oberbürgermeister:

„In der Konsequenz ist folglich damit zu rechnen, dass ein Arbeitsplatz auf Basis von Microsoft-Produkten in der vernetzten Umgebung einer größeren Anzahl von Bedrohungen für die IT-Sicherheit ausgesetzt ist, als ein Open Source Arbeitsplatz.“

Davon ist im Änderungsantrag nunmehr keine Rede. Nirgendwo wird das geprüft. Zum Thema Sicherheit hat Herr Ranft bereits einiges gesagt.

Nun zu einem Punkt, der meiner Ansicht nach der gravierendste ist. Wie viel Mühe, Kraft und Ressourcen hat uns der Umstieg auf Linux und Open Software gekostet? Die Rückabwicklung wird uns genauso viel Kraft kosten. Haben wir sie übrig? - (Beifall) - Haben wir diese Kraft und Ressourcen übrig? - (Beifall) - Die Verwaltung antwortet auf unsere Anfrage aus dem Jahr 2014:

„Kapazitäten, die für ein Umstiegsprojekt notwendig wären, müssten von bereits geplanten Vorhaben abgezogen werden.“

Konzentrieren wir uns darauf. E-Government ist nicht so wichtig. Die Ertüchtigung von Software, die den Bürgerinnen und Bürgern nützt, ist nicht so wichtig. Das können wir jetzt alles nicht machen. Wir müssen nun in vier Jahren ganz schnell zu Microsoft zurück. Für andere Themen haben wir somit weniger Zeit. Das ist eine Prioritätensetzung. Das kann man machen. Vernünftig ist es nicht! - (Beifall)

Hat die unabhängige Expertengruppe von SPD und CSU das rechtlich geprüft? Sie haben das sicherlich bereits mit der Rechtsabteilung und der Vergabestelle der Stadt München besprochen. Ich würde die Vergabestelle gerne fragen: Wie ist das Vorgehen, wenn wir jetzt neue Lizenzen sowie ganz neue Produkte beim Betriebssystem und bei den Büroanwendungen kaufen? Muss man das nicht eigentlich ausschreiben? Muss man nicht vielleicht einen Preisvergleich machen?

Man schreibt jedoch bereits im Antrag den Markennamen Windows, ein geschützter Markenname von Microsoft. Es ist eine schöne Werbung für Microsoft, wenn Frau Hübner erklärt, Word und Excel seien gute Anwendungen. Sind wir noch frei, die Preise zu vergleichen? Ist das mit dem europäischen Vergaberecht zu vereinbaren? Hat die Expertengruppe von SPD und CSU das geprüft?

- (Beifall) - Ich frage: Was sagt die Stadtverwaltung dazu? Was sagt das Referat für Arbeit und Wirtschaft eigentlich dazu? Freiberufler und kleine Unternehmen schreiben uns jetzt, dass sie gefährdet sind und Probleme haben. Es ist nicht nur ein Imageproblem für Open Software, sondern auch auch für die Vernetzung mit der Stadt München.

Welche wirtschaftspolitischen Auswirkungen hat das? Freiberufler und kleine Unternehmen haben oft mit offener Software zu tun. Es wird für sie zu wirtschaftlichen Nachteilen kommen, nicht jedoch für Großunternehmen, die die Lizenzgewinne wahrscheinlich über irische Tochtergesellschaften abwickeln. Sollen wir denen sagen, geht lieber nach Irland, anstatt in der heimischen Wirtschaft zu verbleiben. Ist das wirtschaftspolitisch sinnvoll? Hat das Referat für Arbeit und Wirtschaft eine Expertise dazu? Ich weiß es nicht! Was hier gemacht werden soll, ist unausgegoren, unprofessionell, unseriös und unverantwortlich! Lassen Sie das! - (Anhaltender Beifall)

Ich komme jetzt zum positiven Teil meines Beitrags. - (Heiterkeit) - In der Organisationsfrage sind SPD und CSU in weiten Teilen unseren Vorschlägen gefolgt. Wir sahen das Thema GmbH immer durchaus positiv. Wir haben uns immer gewundert, warum nicht bereits im ersten Schritt it@M und STRAC dort angesiedelt werden, anstatt ein eigenes Referat zu gründen. Wir haben bereits im Jahr 2015 einen Antrag gestellt, die Funktion eines CEO zu etablieren. Es soll jemanden bei der Stadt München geben, der beim Thema IT sozusagen klar „den Hut aufhat“, anstatt eines chaotischen Drei-Häuser-Modells, in dem Entscheidungen immer nur verschoben werden, weil keiner die Entscheidungskompetenz hat. In diesem Punkt sind Sie uns gefolgt. Wir freuen uns, dem Orga-Teil können wir weitgehend zustimmen.

Wir verstehen übrigens, warum die Personalvertretung damit Probleme hat. Bisher haben SPD, CSU und die Stadtspitze anders argumentiert. Die Wende innerhalb von zwei Wochen haben wir zwar schon immer gefordert, bei Ihnen jedoch kam es ein bisschen kurzfristig. Wenn Sie uns entgegenkommen, können wir einen weitgehenden Konsens über das herstellen, was wichtig ist, nämlich eine bessere Organisation und eine technische Ertüchtigung der IT. Ziehen Sie Ziffer 6 b zurück, wird eine breite Mehrheit diese Vorlage, inklusive dem Änderungsantrag, unterstützen. Wir könnten endlich mit breitem Konsens und mit Konzentration auf das Wesentliche und Notwendige die IT-Zukunft der Stadt gestalten. Danke. - (Beifall)

StRin Sabathil:

Herr Oberbürgermeister, meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute könnte bezüglich Linux und Microsoft eigentlich ein schöner Tag für mich sein, denn ich war von vornherein immer schon

gegen Linux. Es hat lange Zeit nicht wirklich funktioniert. Wir haben, damals noch bei der CSU, einen Antrag gestellt, zu Microsoft zurückzukehren. Daraufhin hätte mich der damalige Oberbürgermeister Ude fast „aufgefressen“. Ich habe „Droh-E-Mails“ und „Beschimpfungs-E-Mails“ u. a. mit folgendem Inhalt bekommen: *„Du bist eine ganz blöde Kuh! Du verstehst ja überhaupt nichts!“*

Rot-Grün ist damals bei Linux geblieben. Die Probleme haben sich nicht wesentlich vereinfacht. Ich habe bei meiner Recherche herausgefunden, es geht bei den Problemen nicht mehr um das Betriebssystem, sondern um andere Dinge. Zunächst einmal freue ich mich jedoch, dabei bleibe ich natürlich jetzt, dass wir zu Microsoft zurück migrieren.

Damals wurde gesagt, man wechselt u. a. deshalb zu Linux, weil ein bisschen eine „Neidgeschichte“ dahintersteckt. Man will nicht die Großen unterstützen, sondern die Kleinen. Wie es genau war, weiß ich nicht. Jedenfalls haben wir LiMux eingeführt. Wer damals bereits dabei war, erinnert sich vielleicht noch, dass er unter LiMux nicht alles herunter laden konnte, was ihm geschickt wurde, weil LiMux damals noch nicht so weit war.

Es hat sehr lange gedauert, bis das einigermaßen gelaufen ist. Ich verstehe nicht so viel davon, um die Schwierigkeiten der letzten Wochen abschätzen zu können. Mein Computer ist in den letzten drei Wochen an ungefähr zehn, zwölf Tagen überhaupt nicht gegangen. Zuerst war es ein grundsätzliches, dann ein personelles Problem. Ich muss Ihnen sagen, für jemanden, der zu Hause an diesem Computer arbeitet, ist es nicht einfach. Eben wurde mir gesagt, es hat nichts mit Linux oder Windows zu tun, es liegt einfach am System. Daher kann man die beiden Dinge nicht vermischen. Das ist das Ergebnis, das ich herausbekommen habe.

Es ist schon sehr viel zu diesem Thema gesagt worden. Mir geht es jetzt vor allem um die Menschen. Erstens möchte ich mich beim Sachgebiet dIKA bedanken. Die Mitarbeiter vom dIKA sind wirklich immer da. In den letzten drei Wochen habe ich insgesamt zwei Tage lang mit Personal von dIKA telefoniert. Einige, die noch einen städtischen Computer haben, werden es wissen, das ganze System ist zusammengestürzt. Anschließend ging der Computer an sich wieder einmal nicht. Es war immer irgendetwas.

Von dIKA war immer jemand da und freundlich. Wir haben auf telefonischem Weg den Computer jeweils wieder hochfahren können. Ich sage Ihnen eines: Es gibt viele Kolleginnen und Kollegen, die gar keinen städtischen Computer mehr haben. Sie haben keinen „Bock“ mehr darauf. Ich weiß nicht, wie viele es sind, aber es gibt einige. Ich habe mir in den letzten Wochen auch gedacht, was

ärgere ich mich stundenlang herum, ich nehme einen anderen Computer, der nichts mit LiMux zu tun hat. Aber ich behalte ihn. Ich möchte gerne wissen, was im städtischen Bereich passiert. Dafür fühle ich mich als Stadträtin verantwortlich. Mich wundert nichts mehr, und ich bin sehr gespannt, wie es weitergeht.

Ich habe wie viele von Ihnen auch Mails und Anrufe bekommen. Ich möchte, obwohl ich für Microsoft stimmen werde, einige Fragen vorlesen. Ich kann sie nicht beantworten:

„Wie kann in zwei Jahren eine komplett neue Infrastruktur geschaffen werden angesichts der Tatsache, dass auch die bestehende Infrastruktur mit der geplanten Größe ihre Schwierigkeiten hat?“

„Wie sollen in diesem Zeitraum 30.000 Mitarbeiter geschult und 9.000 Vorlagen (Wollmux) umgebaut und Hunderte von komplexen Makros ersetzt werden?“

Was mir sehr wichtig ist:

„Was passiert mit den Mitarbeitern, die zur Zeit für den Basisclient und LibreOffice entwickeln? Werden diese entlassen, oder wird ihnen eine angemessene Zeit zur Umschulung gegeben?“

Das ist keine Frage:

„Die Entscheidung ist nicht produktneutral und benachteiligt unter anderem deutsche Anbieter und den Wirtschaftsstandort München. Ist das legal, oder drohen den für die Entscheidung Verantwortlichen rechtliche Konsequenzen und Regressforderungen?“

Ich habe im Übrigen gehört, dass Beamte auf gar keinen Fall in eine GmbH möchten, weil es für sie kein Fortkommen gibt. Das muss man bei der Entscheidung auch bedenken. Ich rede jetzt nur zum Thema „Personal“, alles andere wissen andere besser. Mit dem Thema Personal kenne ich mich aus. Dann eine weitere Anmerkung:

„Es wurde bereits viel Geld in LiMux investiert. Jeder zusätzliche Euro führt zu stetigen Verbesserungen des Systems. Davon profitiert München, aber auch der Rest der Welt.“

Bitte vergleichen Sie dies mit einer Zukunft mit Microsoft, denen LiMux ein großer Dorn im Auge ist.“

Das ist verständlich. Ich bitte um Beantwortung der Fragen, denn ich möchte den Leuten schreiben.

„Ist dem Stadtrat bewusst, wie er durch den Antrag die Leistung der IT-Mitarbeiter der Stadt herabwürdigt und dass dieses Verhalten die Attraktivität der Landeshauptstadt München als Arbeitgeberin für kompetente IT-Spezialisten nachhaltig schädigt?

Existiert ein Zusammenhang zwischen dem Umzug der Microsoft Deutschland-Zentrale nach München und der Rückkehr zu Microsoft?“

Das hat die meisten Leute sehr stark interessiert.

Meine persönliche Frage lautet: Ich habe gehört, dass man sehr gute Produkte entwickelt hat - wir sind auf einem sehr guten Weg - und diese bald funktionieren werden. Die Mitarbeiter, die diese Produkte entwickelt haben, haben jetzt natürlich etwas Angst, dass der ganze Ruhm Microsoft gilt und sie „hinunterfallen“.

Zusammengefasst möchte ich sagen: Mir geht es um das Personal. Was passiert mit dem Personal ganz genau? Werden die Mitarbeiter, die auf LiMux umgeschult haben, genauso lange brauchen, um wieder auf Microsoft umzuschulen, oder nehmen Sie Leute von außen, die Microsoft schon können? Die richtigen Spezialisten bekommen wir aber wahrscheinlich für unser Geld nicht.

Ich bitte einfach um Beantwortung meiner Fragen. Ansonsten freue ich mich, dass wir wieder bei Microsoft sind.

StRin Hübner:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie können sich sicherlich vorstellen, dass diese Beschlussvorlage für unsere Fraktion aus vielerlei Gründen nicht einfach ist. Wir haben zum einen die Organisationsfragen und zum anderen das Thema LiMux. Hier gibt es in unserer Fraktion ein breites Spektrum an Meinungen. Nichtsdestotrotz darf ich aus dem Accenture-Gutachten zitieren:

„Die Auswertung der IT-Zufriedenheitsbefragung bei den Beschäftigten hat ergeben, dass ungefähr die Hälfte unserer Nutzerinnen und Nutzer unzufrieden ist. Die Hauptursache dafür liegt in der Diversität und im Alter der eingesetzten Betriebssysteme, in der fehlenden Kompatibilität zwischen Anwendungen und Betriebssystemen sowie nicht benutzerfreundlicher Büro-Software.“

Das Gutachten kommt weiterhin zu dem Schluss, dass wir auf einen Windows-Client nicht verzichten können. Es ist uns auch in den letzten mehr als zehn Jahren nicht gelungen, alle Rechner auf eine Linux-Umgebung umzustellen. Mindestens 20 % der Rechner laufen weiter unter Windows, inzwischen sind es sogar noch mehr.

Es ist uns nicht gelungen, zwei aktuelle Clients zu betreiben. Wir haben einen völlig veralteten Windows-Client und einen relativen guten Linux-Client. Deshalb sorgt auch der veraltete Windows-Client für viele Probleme.

Wenn wir in der Vergangenheit nicht in der Lage waren, verschiedene Clients mit so unterschiedliche Versionen zu betreiben, was gibt uns die Sicherheit, dass wir dies in der Zukunft können? Warum wollen wir weiterhin zweigleisig fahren, wenn wir es nicht müssen? Das Gutachten kommt klar zu dem Schluss, eine der Hauptursachen unserer IT-Probleme liegt in dem Betrieb der Pflege und Aktualisierung von unterschiedlichen kleinen Systemen. Das Gutachten ist aus meiner Sicht nicht konsequent. Es sagt, dieses Problem führe zu zusätzlichen Aufwänden, empfiehlt aber trotzdem, mit zwei Clients weiterzumachen. Es ist aus meiner Sicht im Gutachten nicht ausreichend begründet, warum es zu diesem Schluss kommt. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass aufgrund aller notwendigen Aufwände, ein aktueller Windows-Client angeschafft werden muss. Das wird in der Vorlage vorgeschlagen. Nur das setzen wir um. Wir lassen diesen Windows-Client entwickeln.

Bei der Entwicklung dieses Clients ergeben sich bei uns noch einige Fragen. Laut Beschlussvorlage dauert es vier Jahre, bis dieser Client entwickelt ist, und das kostet uns eine Menge Geld. Uns ist nicht klar, warum dieser Entwicklungsprozess so lange dauert, und wir bitten die Verwaltung, zu erklären, warum dies so ist. Wir halten den Linux-Client nicht für eine Fehlentwicklung, vielmehr glauben wir einfach, dass wir es uns auf Dauer nicht leisten können, zweigleisig zu fahren. Das ist die Grundlage unserer Entscheidung.

Zur Organisation will ich noch einmal deutlich machen, dass es sich sowohl hinsichtlich der GmbH-Gründung für die städtische IT als auch der GmbH-Lösung für das RBS um Prüfaufträge handelt. Das möchte ich klar in Richtung Personalräte und Gewerkschaften sagen. Keines von beiden ist entschieden, wobei ich allerdings schon sagen muss, dass die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken im Bereich des Referats für Bildung und Sport unser klarer Wille ist. Die Prüfung einer GmbH-Lösung für die sonstige städtische IT sehen wir ergebnisoffen.

Derzeit ändert sich organisatorisch in der städtischen IT nicht so viel. Ich glaube nicht, dass die organisatorischen Änderungen, die wir jetzt vollziehen, zu einer großen Mehrbelastung der IT-Schaffenden bei der Landeshauptstadt München führen. Wir ziehen im Grunde genommen die Steuerung aus dem Direktorium heraus und machen ein eigenes IT-Referat. Wir belassen den Eigenbetrieb it@M so wie er ist, und wir schauen bei den dIKAS noch einmal genau hin, welche Aufgaben in den Referaten bleiben sollen und welche Aufgaben in das IT-Referat passen.

Das fachliche Anforderungsmanagement soll auf jeden Fall in den dIKAS der Referate bleiben. Die Referate sollen weiter dezidiert beschreiben können, welche Software sie brauchen. Gleichzeitig sollen aber Support-Fragen, die in den Referaten oft ähnlich sind, zentral über das IT-Referat geregelt werden. Das bedeutet nicht, dass es keinen Support mehr gibt. Es ist denkbar, dass im Sozialreferat Mitarbeiter des IT-Referats sitzen, um bei Support-Problemen vor Ort zu sein. Das bedeutet aber nicht, dass z. B. hier im Rathaus, wo fünf unterschiedliche Referate sitzen, jedes Referat einen einzelnen Support braucht. Ich denke, dass man das sinnvoll voneinander abgrenzen muss. Wir glauben, die neue IT-Referentin oder der neue IT-Referent und natürlich die städtischen Referate sollen ein Mitspracherecht haben, sodass man sich auf eine sinnvolle Aufgabenabgrenzung verständigen kann.

Was bewegt uns, die GmbH-Lösung zu prüfen? Wir haben sehr viele offene Stellen im IT-Bereich der Landeshauptstadt München. Trotz aller Anstrengungen der letzten Jahre - unsere Fraktion hat sich sehr dafür eingesetzt, dass sich die Einstellungsprozesse verkürzen, die Bezahlung flexibel wird und die Stadt eine attraktive Arbeitgeberin ist -, müssen wir konstatieren, dass wir wahnsinnig viele freie Stellen haben. Ich glaube, allein bei ZIB im RBS sind 70 von 300 IT-Stellen unbesetzt, und in den dIKAS sind ca. 20 % der Stellen unbesetzt. Auch bei it@M und bei STRAC gibt es unbesetzte Stellen. Gleichzeitig lassen wir Externe zu Tagessätzen von 1.500 € bei uns arbeiten. Bei STRAC haben wir ein Drittel externes Personal. Das kann auf Dauer keine Lösung sein. Wir wollen doch, dass das Know-how bei unseren städtischen Beschäftigten ist und wir selbst stark genug

sind, um unsere Probleme zu lösen. Ich gehe davon aus, dass Mitarbeiter dafür entsprechend bezahlt werden müssen.

Viele Fragen für eine GmbH-Lösung sind ungeklärt. Wir haben heute nicht auf alles Antworten. Wir wissen auch, dass Beamte von einer solchen Lösung finanziell nicht profitieren können. Wir weisen trotzdem auf Beispiele aus der Vergangenheit. Das prominenteste Beispiel ist die Stadtwerke München GmbH, die die anfänglichen Bedenken der Beschäftigten für die meisten gut gelöst hat. Erst gestern hat uns ein Betriebsrat von den Stadtwerken gesagt, die Beschäftigten der Stadtwerke seien zufrieden, sie bereuten nicht, Beschäftigte der Stadtwerke zu sein. Sie hätten dort gute Chancen, würden gut bezahlt und seien insgesamt zufrieden. Seien wir doch einmal ehrlich: Das böse Wort von der Privatisierung ist völlig fehl am Platz. Eine hundertprozentige städtische Tochter gehört zum städtischen Gesamtgebilde. Man kann das nicht mit einer Privatisierung gleichsetzen. - (Beifall) - Es handelt sich um Beschäftigte, die für eine gute Sache arbeiten und sich der Stadt sowie unserer Familie zugehörig fühlen. Deshalb denke ich, dass an dieser Stelle eine ideologische Auseinandersetzung nicht zielführend ist.

Ich bitte deshalb den GPR und alle Personalräte, vertrauensvoll mit uns den Prozess zu gehen. Wir wollen ergebnisoffen im Interesse der Beschäftigten prüfen und haben nicht vor, jemanden über den Tisch zu ziehen. Dass wir die Beschäftigten nicht informiert haben, bevor wir an die Presse gegangen sind, lag an rein praktischen Erwägungen. Es gab zu diesem Zeitpunkt noch keine Beschlussfassung, sondern nur Absichtserklärungen. Außerdem ist noch keine abschließende Entscheidung getroffen, sondern es handelt sich nur um Prüfaufträge. Ich kann die Verunsicherung nachvollziehen; es ist nicht ideal gelaufen. Dafür entschuldigen wir uns. Wir hoffen, dass der Gesprächsfaden nicht abgerissen ist und wir weiterhin gut miteinander arbeiten können und Lösungen finden.

Wie gesagt, es sind sicherlich noch eine Reihe von Fragen offen. Schließen möchte ich damit, der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat immer die Möglichkeit zur Korrektur, wenn er erkennt, auf einem falschen Weg zu sein. Bis Ende 2020 ist es eine lange Phase, bis wir diesen Windows-Client haben. Trotz des sehr kämpferischen Beitrags von Thomas Ranft übernehmen wir aus dem Änderungsantrag der Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung unter Ziffer 6 b Folgendes:

„Bei der Erarbeitung des Konzeptes soll zudem dargestellt werden, welche bisherigen Programme auf Linux-Basis entfallen sollen. Hierbei wird der Stadtrat darüber

unterrichtet, inwieweit und in welcher Höhe Investitionskosten abgeschrieben werden müssen. Zum anderen soll eine grobe Kalkulation der notwendigen Kosten für die Anschaffung der geplanten stadtweit einheitlichen und marktüblichen Client-Architektur vorgelegt werden. Dem Stadtrat wird dann darüber berichtet.“

Natürlich hat der Stadtrat die Freiheit zu sagen, wir machen es so oder so. Die IT ist doch insgesamt ein wahnsinnig schnelllebiges Geschäft. Wissen wir denn, ob es Microsoft in fünf Jahren noch gibt? - (Heiterkeit - Zwischenrufe) - Es wird viel mehr mobile Lösungen geben. Die Beschäftigten werden vielleicht nicht mehr die ganze Zeit an einem Desktop-PC arbeiten. Es werden sich viele Veränderungen ergeben. Es ist möglich, Dinge differenziert zu betrachten, und der Stadtrat der Landeshauptstadt München kann jederzeit andere Entscheidungen treffen.

Als Fazit aus der Beschlussvorlage bleibt: Wir müssen die Aufwände im Bereich der IT, wo wir können, reduzieren. Eine private Firma würde es sich nicht leisten, aus ideologischen Gründen - ich glaube, es sind hauptsächlich ideologische Gründe - auf Dauer zwei Betriebssysteme zu betreiben. Das ist einfach unwirtschaftlich. Das geht aus dem Gutachten und aus der Beschlussvorlage hervor.

Außerdem möchte ich Ihnen noch sagen: Den Bürgerinnen und Bürgern ist es weitestgehend egal, ob wir mit Windows oder LiMux arbeiten. Diesen kommt es darauf an, dass es funktioniert, keine Ausfälle gibt und sie bei Behördengängen keine langen Wartezeiten haben. Wir sollten uns deshalb nicht „verkämpfen“. Vor 15 Jahren war es durchaus eine mutige Entscheidung, den Open Source-Weg zu gehen, aber jetzt muss man konstatieren, dass wir in Deutschland eigentlich die letzten Mohikaner sind. Viele Behörden wie z. B. das Auswärtige Amt sind wieder zurückgegangen.

Wie gesagt, es ist eine schwierige Entscheidung für unsere Fraktion, aber ich gehe davon aus, dass wir diese vollständig mittragen.

StRin Frank:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die IT ist heutzutage in vielen Jobs die Basis, um überhaupt arbeiten zu können. Deshalb ist es für uns wichtig, dass die IT einfach funktioniert, einfach zu bedienen ist und einfach bezogen werden kann. Die IT muss mit der Zeit gehen und darf ihr nicht hinterherhinken. Die digitalen Herausforderungen nehmen ständig zu. Was gestern noch innovativ war, ist morgen schon altbacken. Wenn die städtische IT selbst davon spricht, sie sei in ihrer Entwicklung zehn Jahre zurück, sind das im digitalen Zeitalter

Lichtjahre. IT wird in den nächsten Jahren nochmals wichtiger werden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen ihre Amtsgänge online erledigen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können von zu Hause aus flexibel arbeiten, Behörden werden immer mehr auf elektronische Akten umstellen. Deshalb haben wir in der Kooperation entschieden, ein eigenes IT-Referat zu gründen. Wir haben uns entschieden, einen IT-Referenten zu benennen, der die Gesamtverantwortung übernimmt und den Hut für die städtische IT aufhat. Dieser soll noch in diesem Jahr die Arbeit aufnehmen.

Ich möchte nicht die Debatte aus dem Ausschuss wiederholen und auch nicht das, was meine Kollegin Hübner zutreffend schon ausgeführt hat. Wichtig ist mir, dass dort, wo bislang ein vor-Ort-Service durch die dIKAS gegeben war, auch weiterhin vor-Ort ein Support vorhanden ist. „Größere Standorte“ meint natürlich alle Referate. Sämtliche Referate sollen auf einen Support vor Ort zurückgreifen können. Bei der Formulierung „größere Standorte“ geht es uns einzig und allein darum, dort, wo 10, 15 oder 20 Mitarbeiter sitzen, vielleicht sinnvollerweise einen Support anzubieten, der von Standort zu Standort fährt, nicht aber noch extra einen Support anzusiedeln.

Zur Gründung der IT-GmbH: Wir haben eine Zwei-Stufen-Lösung in den Blick genommen. Warum zwei Stufen? Die erste Stufe soll schnell funktionieren. Deshalb wollen wir STRAC und it@M dem neuen IT-Referat untergliedern. Die zweite Stufe muss sorgfältig geprüft werden. Es ist völlig richtig, was Herr Kollege Ranft gesagt hat. Natürlich muss man auch steuerliche Fragen im Blick haben. Deshalb soll es zwei Stufen geben. Nachdem alle Voraussetzungen geprüft sind, ist die CSU der Meinung, dass wir den Schritt zu einer IT-GmbH gehen sollten. Natürlich zählt zur Prüfung aller Voraussetzungen, dass wir uns mit dem Personal ins Benehmen setzen. Deshalb haben wir auch den Änderungsantrag an dieser Stelle ergänzt und explizit aufgenommen, dass die Personalräte beteiligt werden sollen. Es ist uns ganz wichtig, das Personal einzubinden und Gespräche mit den Personalvertretungen zu führen. Gestern haben wir diesen Schritt bereits begonnen, und auch ich hoffe, dass wir diesen Weg weiterhin gemeinsam gehen.

Zusätzlich möchte ich betonen: Aus unserer Sicht soll es durch die Ausgliederung keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Auch müssen wir über ein Rückkehrrecht ehemals städtischer Mitarbeiter von der IT-GmbH zur LHM sprechen. Ganz richtig. Es ist ganz wichtig, dass wir den zweiten Schritt nicht gehen, ohne den neuen IT-Referenten eingebunden zu haben. Deshalb ist eine Zwei-Schritt-Lösung und keine sofortige Umwandlung vorgesehen.

Was versprechen wir uns von einer IT-GmbH? In erster Linie eine einfachere Personalgewinnung. Gerade im Bereich Linux ist es wirklich schwierig, Experten zu gewinnen. Die Experten verdienen

im Bereich der freien Wirtschaft ein Vielfaches von dem, was sie bei der Landeshauptstadt München bekommen können. Sie arbeiten in einem ganz anderen Arbeitsumfeld unter anderen Arbeitsbedingungen. Wir denken, dass die Gründung einer IT-GmbH der richtige Schritt sein wird, um mehr Flexibilität beim Gehaltsgefüge und den Arbeitsbedingungen zu haben.

Zum Thema LiMux: Ich kann dem Kollegen Dr. Roth nur zustimmen. Auch ich habe selten so viele Zuschriften innerhalb kürzester Zeit bekommen, nicht nur von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München, sondern auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern Münchens und aus ganz Deutschland. Man kann fast von einem Glaubenskrieg sprechen. Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen ehrlich sagen: Für mich ist es völlig egal, wie das Betriebssystem heißt und woher es kommt. Für mich ist nur wichtig, dass es funktioniert. - (Beifall von der CSU) - Wir sollten nicht ideologisch und emotional debattieren, sondern uns rational auf die Fakten konzentrieren. Die Verschwörungstheorien in diesen E-Mails treiben wahre Blüten. Das geht von „Trump habe schon den Münchner Stadtrat infiltriert“ bis hin zu „wir würden uns wieder Microsoft zuwenden, weil das Unternehmen nach München gezogen sei“. Das ist absoluter Blödsinn! - (Beifall von der CSU)

Es geht um eine richtungsweisende Entscheidung für die Zukunft. Warum haben wir sie getroffen? Weil wir die Organisationsstruktur angepackt haben, weil wir ein Rundum-Paket schnüren wollten, weil wir in kürzester Zeit nicht wieder über Veränderungen nachdenken wollen. Deshalb haben wir jetzt die städtische IT insgesamt angeschaut und uns diesem Schritt entschlossen. München kämpft allein auf weiter Flur. Das Experiment LiMux hat nicht dort geendet, wo wir es gerne gesehen hätten. München hat einen Sonderweg eingeschlagen. Der größte Teil der Computer-Arbeitsplätze in Deutschland und weltweit läuft über andere Clients. Hätten andere Kommunen und Behörden mitgezogen, wären wir heute vielleicht an einem anderen Punkt. Vielleicht ist Linux für manche Nutzer auch die richtige Wahl, aber eben nicht für die Landeshauptstadt München.

Es gibt immer wieder Kompatibilitätsprobleme innerhalb der Verwaltung, mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit anderen Behörden. Das führt konkret zu Absurditäten. Manchmal müssen ganze Listen abgetippt und ausgedruckt werden, damit sie in das neue Betriebssystem passen. Man muss ständig Dokumente umwandeln, weil man sie sonst möglicherweise nicht öffnen kann. Das alles erschwert unnötig die Arbeitsabläufe innerhalb der Landeshauptstadt München.

Ich möchte auch noch mit ein paar Gerüchten aufräumen. Es ist nicht so, dass wir Linux völlig den Rücken zuwenden. Unsere Server sollen nach wie vor auf Linux laufen. Wir haben auch keine

Probleme mit dem Datenschutz. Bereits heute läuft ca. ein Fünftel der städtischen PC-Arbeitsplätze unter Windows. Der schleichende Umwandlungsprozess hat doch schon längst begonnen. Er wurde nicht eingeleitet von der Politik, sondern von der Verwaltung selbst, also von denjenigen, die mit den PCs arbeiten müssen. Es soll nach unserer Ansicht genau das eingesetzt werden, was auf dem Markt Standard ist, und zwar möglichst schnell. Deshalb haben wir auch eine Frist bis 2020 aufgenommen. Ich möchte aber noch einmal sagen, dass bei Weitem nicht bei allen Software-Anwendungen Microsoft Standard ist. Uns ist es auch völlig egal, ob es Microsoft, Adobe oder sonst jemand ist. Es soll nur sehr schnell zum auf dem Markt üblichen Standard kommen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit haben, mit dem zu arbeiten, was sie von zu Hause kennen.

Aufgrund der benötigten hohen Fachlichkeit gibt es keine Bewerber z. B für das Service-Team Arbeitsplatz LiMux. Diese Bewerber sind auf dem Arbeitsmarkt schlichtweg nicht vorhanden. Deshalb können seit geraumer Zeit Stellen bei der städtischen IT nicht besetzt werden. Generell ist es so, dass Mitarbeiter in diesem Bereich sehr schwer zu finden sind. Das ist einer der Gründe dafür, warum wir uns für den Umstieg entschieden haben.

Auch zehn Jahre nach dem Beginn der Linux-Migration sind die Userinnen und User der Landeshauptstadt München unzufrieden. Das hat die Kollegin Hübner bereits ausgeführt. Sie klagen über unzureichende IT-Unterstützung in der täglichen Arbeit. Der Linux-Client erfüllt aus unserer Sicht zwar Basisanforderungen. Meist funktioniert er grundsätzlich. Er ist aber nicht effizient und auch nicht intuitiv. - (Zwischenrufe von Die Grünen) - Es gibt regelmäßig Kompatibilitätsschwierigkeiten, wenn man Zusatzsoftware einsetzen muss.

Neue Beschäftigte der Landeshauptstadt München erwarten moderne IT-Arbeitsplätze. Und diese Erwartung erfüllt die Landeshauptstadt München mit den derzeit zur Verfügung gestellten LiMux-Arbeitsplätzen nur bedingt. Meistens werden diese Arbeitsplätze eher so empfunden, dass sie Bewerberinnen und Bewerber abschrecken, weil sie schlichtweg von zu Hause etwas anderes gewöhnt sind.

Die rigorose Open-Source-Strategie hat bei der Umsetzung von IT-Vergaben zur Folge gehabt, dass etablierte, am Markt verfügbare Lösungen nicht zum Zuge gekommen sind. Der Ansatz, durch den Einsatz von Open Source Kosten zu sparen und sich von großen Herstellern unabhängig zu machen, hat sich aus meiner Sicht nicht erfüllt. Wir haben deshalb diesen Änderungsantrag gestellt und sind nach wie vor der Meinung, dies ist der richtige Weg.

Zum Änderungsantrag der FTB kann ich mich dem anschließen, was die Kollegin Hübner gesagt hat: Ein Punkt wird von uns übernommen. Ich werde das jetzt nicht noch einmal zitieren, weil wir es schon gehört haben. Wir denken, wir können diesen Punkt durchaus mittragen. Es gehört schlichtweg dazu, dass wir bei einem laufenden Umwandlungsprozess auch immer wieder mit den Kosten und der Bedeutung dieses Prozesses im Stadtrat konfrontiert werden. Herzlichen Dank!
- (Beifall der CSU)

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Heute ist wirklich ein schlechter Tag für die Stadt München und die städtische IT. Es ist auch ein sehr schlechter Tag für diesen Stadtrat. Wir haben hier ein extrem gutes Beispiel dafür, wie es gelingen kann, mit einem Antrag in einer Länge von zwei Seiten maximalen Schaden anzurichten. - (Beifall von DIE LINKE. und Die Grünen)

Mittlerweile diskutieren wir mehr als eine Stunde über Linux versus. Windows oder andere Betriebssysteme. In dem Prozess, den der Oberbürgermeister zur städtischen IT angestoßen hat, war das gar nicht das Thema. Da ging es - wie der Kollege Ranft gesagt hat - um strukturelle Probleme in der städtischen IT. - (Beifall von DIE LINKE. und Die Grünen) - Es ging nicht um das Betriebssystem. Diese Schlachten sind teilweise veraltet!

Man sagt immer, bei der städtische IT hätten die Referate vor sich hin „gewerkelt“. Als es vor 20 Jahren losging, war so eine Vernetzung, wie wir sie heute kennen und erwarten, überhaupt nicht möglich. Damals war völlig klar, dass jedes Referat seine eigenen Fachanwendungen und Server hatte sowie sein eigenes kleines Netz. Als ich 2002 in den Stadtrat kam, waren schon Vordiskussionen dazu gelaufen, dass man diesen Prozess umsetzt. Es sind schon viele Jahre Arbeitszeit in diese Umstellung geflossen, in die Überlegung, wie man die Vernetzung angeht. Man hat damals mit LiMux einen mutigen Schritt gemacht, und nach ungefähr 15 Jahren sind wir einen großen Schritt weiter. Das muss man doch auch einmal sehen! - (Beifall von DIE LINKE. und Die Grünen)

Die Kollegin Sabathil hat von einem Problem mit ihrem PC berichtet. Verehrte Kollegin, wenn Sie Windows hätten, gäbe es die gleichen Probleme! - (Beifall von DIE LINKE. und Die Grünen) - Es ist auch nicht so, wie die Kolleginnen Hübner und Frank gesagt haben, dass wir zwei Betriebssysteme nicht parallel „supporten“ können. Das Problem ist, dass wir ungefähr 10 - 15 verschiedene Betriebssysteme haben! - (Beifall von DIE LINKE. und Die Grünen) - Das kostet und frisst! Das Kreisverwaltungsreferat hat z. B. noch Windows XP. Das hat mit dem modernen Windows auch nichts zu tun!

Ich kann mich erinnern, in der Debatte 2002 war eines der größten Ärgernisse, das zur Abwendung von Microsoft geführt hat, eine notwendige Umstellung. Es wurde gesagt: Die neue Version von Windows oder Excel unterstützt die Makros, die Ihr Euch in der Vergangenheit gebastelt habt, nicht mehr. Das müsst Ihr neu machen! Wenn man diese Ansage bekommt, kann man überlegen, es auch einmal mit einem neuen Betriebssystem zu versuchen.

Der Geschwindigkeit am IT-Markt und bei der Software-Entwicklung kann eine Stadtverwaltung mit 30.000 Installationen sowieso nicht hinterherhecheln. Es ist doch völlig klar, dass ich alle fünf Jahre einen Client fertig mache und hoffe, dass ich ihn fünf Jahre einsetzen kann. Anschließend kommt dann die neue Version. Ich kann doch nicht alle paar Monate, wenn sich irgendeine Komponente, eine neue Version auftut, sofort anfangen „rumzurödeln“. So kommt man doch nie auf ein standardisiertes Umfeld!

In der kleinen Firma, in der ich sonst arbeite, ist es z. B. völlig klar, dass wir mit einem Betriebssystemwechsel in der Regel nur belastet werden, wenn es wirklich nötig ist, und nicht, weil eine neue Version auf den Markt kommt. Diese nehmen wir nur, wenn wir sie für unsere Aufgabenbereiche brauchen. Und dass man sie für den eigenen Aufgabenbereich braucht, wird ja auch immer seltener. Ich weiß noch: Vor 15 Jahren waren Fachanwendungen mit dem Betriebssystem tatsächlich tief verschränkt. Was auf einem Rechner gelaufen ist, ist auf einer anderen Version oder einem anderen Betriebssystem nicht gelaufen. Aber das bricht doch auf! Alle neuen Fachanwendungen, die hier in der Stadt eingesetzt werden, gehen doch nur auf die Browser-Ebene. Wenn sie nicht müssen, gehen sie gar nicht auf die Hardware- bzw. die Betriebssystem-Ebene hinunter. Auch das ist eine völlig falsche und veraltete Betrachtungsweise. Warum das bei doch jüngeren Stadtratskolleginnen und -kollegen so ankommt, weiß ich nicht. Von Fachwissen kann da nicht groß die Rede sein! - (Beifall von DIE LINKE. und Die Grünen) - Damit belasse ich es einmal bei dem Punkt Linux vs. Microsoft.

Kolleginnen und Kollegen, eigentlich haben sich die Stadtverwaltung, IT, STRAC, die IT-Kommission und hoffentlich wir uns alle in den letzten Jahren mit den strukturellen Problemen der städtischen IT beschäftigt. Eines der wichtigen Probleme, die durch das Gutachten identifiziert wurden, waren die zahlreichen Schnittstellen, die zu Doppelarbeit, Ineffektivität und dem Bäumchen-Wechsel-Dich-Spiel „Wer ist schuld?“ führen. Das ich kenne ich auch: Ein Kunde ruft an,

irgendetwas geht nicht. Anstatt sich mit dem Problem zu beschäftigen, sind die ersten Fragen: Wer trägt die Kosten und wer ist schuld? Das ist für den Anwender völlig irrelevant, aber ein beliebtes Spiel.

In der Lösung mit mehreren GmbHs, die hier vorgeschlagen wird, existieren zusätzliche Player. Es soll nicht weniger, sondern mehr Schnittstellen geben. Sie wollen ein Referat schaffen, dem im Moment ein Eigenbetrieb zugeordnet ist. Diese Kombination entspricht in etwa dem Vorschlag, den ich im November eingebracht habe. Ich hatte kein Referat vorgeschlagen, sondern eine Ebene darunter. Einer der beiden Bürgermeister wäre dafür verantwortlich. Das wollen Sie nicht. Angesichts dieses Antrags kann ich das auch gut verstehen. Daraus spricht eine gesunde Feigheit vor der IT! - (Heiterkeit - Beifall von DIE LINKE. und Die Grünen)

Die beiden Herren wollen nämlich nicht schuld sein, wenn die IT das nächste Mal nicht funktioniert. Sie haben dann einen Referenten, der schuld ist. Das nützt zwar nichts, der Mailserver geht nicht schneller und die Sicherheitslücke wird auch nicht rascher geschlossen. Aber er ist auf jeden Fall schuld, nicht unser Oberbürgermeister oder der 2. Bürgermeister.

Wenn Sie das wollen, kann man mitgehen. Sie sagen aber nicht, wir nehmen jetzt die Umorganisation vor und versichern den Leuten, dabei bleibt es dann. Nein! Parallel soll eine GmbH geprüft werden. Das heißt, es kann keine Rede von einer Beruhigung der Situation sein - davon, dass die Leute sich wieder auf ihre fachtechnischen Probleme konzentrieren können und anfangen, daran zu arbeiten. Nein, parallel beschäftigten sehr viele Fachkräfte sich mit Themen wie „umsatzsteuerliche Organschaft“. Auch das bringt die IT keinen Schritt weiter! Das kostet Geld, Ressourcen und Gehirnschmalz, und ob es dann möglich sein wird, weiß man nicht.

Das Nächste ist Punkt 4 des Änderungsantrags. In dem Gutachten und allen Diskussionen, die wir bisher geführt hatten, waren wir uns einig: Das pädagogische Netz unserer Schulen lassen wir erst einmal außen vor. Klar gibt es da viele Probleme mit der Vertragsgestaltung usw. Auch dort besteht sehr viel Ineffizienz. Aber wir integrieren zunächst einmal das Verwaltungsnetz in die normalen Abläufe, danach kümmern wir uns um das pädagogische Netz. Jetzt bringen SPD und CSU eine weitere GmbH in die Debatte und die Landschaft. Diese soll nicht städtisch, sondern indirekt bei den Stadtwerken München angesiedelt sein. Die Stadtwerke München sind aber ein privater Player, der vielfältig im Wettbewerb steht. - (Zwischenruf von StR Dr. Mattar)

Ich glaube nicht, dass die Stadtwerke München 100, 200 oder 300 Leute im Hintergrund haben, die sofort aktiv werden könnten. Das heißt, da müsste etwas aufgebaut werden. Die Frage ist, ob

es nicht ausgeschrieben werden müsste, wenn man das privatrechtlich durchführt. Anne Hübner hat tränenreich gesagt: „Das sind doch auch unsere städtischen Kollegen!“ Frau Kollegin, reden Sie einmal mit den Beschäftigten des Städtischen Klinikums, die dort gehen müssen. Auf all unsere Anträge, man solle ihnen die Rückkehr in die städtische Verwaltung ermöglichen, bekommen wir immer die Antwort, sie müssten behandelt werden wie andere externe Beschäftigte auch. Das ginge nicht anders, das sei das öffentliche Recht. Anschließend können Sie sagen, das seien immer noch unsere Kolleginnen und Kollegen! Diese Sichtweise trägt nicht. Sie ist einfach falsch. Das pädagogische Netz über den Tisch zu ziehen, ist ebenfalls eine echte Fehlentscheidung. Keine Ahnung, wie das an die Stadtwerke oder eine Tochter direkt vergeben werden soll!

Sie haben mit diesem Antrag nicht festgelegt: Wir haben jetzt eine Richtung, in die wir gehen. Wie gesagt: Mit dem Referenten plus Eigenbetrieb könnte ich mich abfinden, wenn ich auch meine, einen Referenten als solchen hätte es vielleicht nicht gebraucht. Aber Sie reißen parallel drei Großbaustellen auf: Diese Umstellung an sich, das pädagogische Netz, und als Drittes kommt die neu aufgeflamnte Diskussion um das künftige Betriebssystem dazu. Das ist wirklich unverschämt!

Ich habe mich bemüht, meinen Änderungsantrag im November einzubringen - in der Hoffnung, dass er intensiv geprüft wird. Das wurde er auch. Dankenswerterweise wurden Vor- und Nachteile herausgearbeitet. Aber Sie meinen ja, Sie könnten hier im Stadtrat mit einer „Pippi-Langstrumpf-Politik“ weiterkommen - nach dem Motto: „Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt!“ - (Beifall von DIE LINKE. und Die Grünen) - Ich denke, wir alle hoffen, dass das weder in den USA noch hier mit der städtischen IT gelingen wird!

Zum pädagogischen Netz im RBS läuft eine europaweite Ausschreibung. Wir hatten im Ausschuss gesagt, wir möchten Informationen haben, wie die rechtlichen Möglichkeiten dazu eigentlich aussehen. Die europaweiten Ausschreibungsabläufe sind bereits gestartet worden. Sie erinnern sich vielleicht: Es geht darum, dass das pädagogische Netz jetzt schon sehr viele Dienstleister an Bord hat. Das muss ersetzt werden.

Zum Schluss möchte ich meinen Änderungsantrag von November, der in der dicken Vorlage zu finden ist, noch einmal zur Abstimmung stellen. Zur Erinnerung: Mein Vorschlag war, ein IT-Amt und kein Referat zu schaffen. Der Eigenbetrieb bleibt bestehen und wird gestärkt. Das ist so ähnlich wie in der Ziffer 2. Die anderen Punkte enthielten den Auftrag an alle Beschäftigten, dies weiter zu planen. Es ist klar: Mit Ihrem Änderungsantrag sind die anderen Punkte aus dem Referentenantrag in großen Teilen obsolet. Danke schön! - (Beifall von DIE LINKE. und Die Grünen)

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Vor rund 15 Jahren haben wir von der ÖDP den Anstoß gegeben, auf Linux zu migrieren. - (BMin Strobl: Das war ein Antrag vom Gerd Baumann!) - Das war ein Antrag meiner Vorgängerin Mechthild von Walter. Vielleicht sind ja zwei Anträge parallel gelaufen. - (BMin Strobl: Das weiß ich ganz sicher! - Zwischenrufe) - Wie auch immer. Ein trauriger Tag ist es für uns so und so. Nach bald zehn Jahren könnte man jetzt in ein ruhiges Fahrwasser kommen, noch einmal eine Stufe drauf setzen, bei der städtischen IT umstrukturieren und wesentliche Verbesserungen herbeiführen.

Mir ist ein Satz im Redebeitrag der Kollegin Frank in Erinnerung geblieben. Sinngemäß: Es frustriert, wenn die IT zu Hause funktioniert und am Arbeitsplatz geht es nicht. Wir alle kennen dieses Frustration. Ich kenne sie aber nicht nur vom Stadtrats-Laptop und unseren Rechnern im Büro. Ich kenne sie auch aus mittlerweile drei anderen öffentlichen Verwaltungen. Das sind ebenfalls Verwaltungen mit Milliardenhaushalt, die auch auf Windows und Microsoft basieren. Diese Frustration kennt man. Sie ist damit begründet, dass man auf einem Rechner in der Arbeit nicht dieselben Rechte und Möglichkeiten wie daheim hat. Man unterliegt Restriktionen. Das frustriert einen, und man möchte das Gerät ab und zu aus dem Fenster werfen, weil es keinen Spaß macht, damit zu arbeiten.

Aber aus diesem Bauchgefühl heraus, das ich nachvollziehen kann, kann man keine Stadt leiten und keine IT umstrukturieren! - (Beifall von ÖDP und Die Grünen) - Frust ist ein schlechter Ratgeber. Wir sollten uns doch an die Fakten halten. Da ist es nun einmal so, dass nicht das Betriebssystem unser Problem ist, sondern Personalmangel und wie wir unsere IT aufgestellt haben. - (Vereinzelt Beifall)

Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht. Es geht im Wesentlichen darum, dass wir Wert darauf legen, auch zukünftig die Hoheit über unsere Daten zu behalten - die internen Daten der Stadt, aber auch die Daten unserer Bürger. Wir wollen keine Programme einsetzen, die die Daten weitersenden. Wenn wir jetzt auf Windows-Basis-Clients umstellen, ist das eine Vorentscheidung für Microsoft-Produkte. Und die neuen Microsoft-Produkte senden die Daten nach draußen. Wie wir damit als Stadtverwaltung umgehen können und ob wir das überhaupt einsetzen dürfen, ist für mich sehr fraglich. - (Beifall von ÖDP und Die Grünen)

Wenn wir jetzt wieder migrieren, werden wir den Prozess nicht in vier Jahren abgeschlossen haben. Das sollten wir aus der letzten Migration lernen. Die hat über zehn Jahre gedauert und ist

eigentlich kaum abgeschlossen. - (Zwischenruf) - Wenn wir jetzt einen Prozess einleiten, der erneut zehn Jahre dauert, macht uns das wieder abhängig von wenigen Software-Anbietern. In diese Abhängigkeit sollten wir uns nicht begeben.

Der Prozess, den wir abgeschlossen haben, hat nicht viel Spaß gemacht - diese Migration zu Linux. Ob man sich das noch einmal antäte, ist die Frage. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass das erfolgreich ist. Ob man sich und den städtischen Mitarbeitern einen Migrationsprozess noch einmal antut, sollte man sich zweimal überlegen. Jede Migration führt erst einmal zu Minderleistungen des IT-Systems. Wir werden in den nächsten Jahre schlechtere Ergebnisse haben, und es wird wiederum zehn Jahre dauern, bis wir ein Niveau erreichen, mit dem wir einigermaßen arbeiten können. Frau Frank, auch dann werden wir hin und wieder frustriert sein, wenn wir an einem PC sitzen oder einem anderen Endgerät, das nicht uns persönlich gehört und an dem wir nicht das machen können, was wir gerne machen wollen. - (Beifall von ÖDP und Die Grünen)

OB Reiter:

Es haben sich die Vorsitzende und ein Mitglied des Gesamtpersonalrats zu Wort gemeldet. Ich frage, ob Sie einverstanden sind, dass beiden das Rederecht erteilt wird. - (Zurufe: Ja! - Absolut!) - Dann wären sie jetzt dran.

Frau Hofmann (GPR):

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Auch der Gesamtpersonalrat hat die Bestrebungen der Politik, die IT in eine GmbH zu überführen, leider erstmals aus der Presse erfahren. Es gab gestern Gespräche, aber viel zu spät, denn die Telefone stehen nicht mehr still. Kolleginnen und Kollegen stehen vor der Tür. Die Unsicherheit in dieser Stadtverwaltung bei den IT-Beschäftigten können Sie sich nicht vorstellen!

Wir als Gesamtpersonalrat haben 2005 den Weg der Neuorganisation der IT voll mitgetragen. Wir haben gesagt: MIT-KonkreT, das Drei-Häuser-Modell, die Kernkompetenzfokussierung, IT als Eigenbetrieb, das ist der richtige Weg. Wir waren aber auch von Anfang an eingebunden. Wir wurden informiert, wir wurden beteiligt, wir hatten ein Mitsprache- und ein Mitgestaltungsrecht. Das haben wir hier nicht. Es wird über unser aller Köpfe, die Köpfe der Beschäftigten entschieden.

Ich habe als GPR-Vorsitzende eine klare Botschaft mitgebracht: Ich vertrete als gesamtstädtische Sprecherin der knapp 25.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieser Stadtverwaltung die Beschlüsse des GPR-Gremiums nach außen. Ich habe die Haltung des örtlichen Personalrats von

it@M und des Referatspersonalrats des RBS zu vertreten. Das habe ich versprochen. Ich habe auch versprochen, die Interessen der Beschäftigten zu vertreten, und die klare Botschaft lautet: Wir fordern die Politik auf, das IT-Gutachten entsprechend dem Szenario 3 umzusetzen, ein IT-Referat zu gründen und keine Bestrebungen zu verfolgen, es in eine GmbH zu überführen. Wir als Gesamtpersonalrat werden uns mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, dagegen aussprechen und - ich sage es an dieser Stelle - auch dagegen kämpfen! Herzlichen Dank. - (Beifall im Saal und auf der Galerie)

Herr Dietl-Dinev (GPR):

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche für die Beamtinnen und Beamten. Herr Dieter Reiter, ich bin stellvertretender Vorsitzender, nicht bloß ein Mitglied! - (Zwischenrufe) - Ja, es ist so! Ich bin Sprecher der Beamtinnen und Beamten, das sind knapp 11.000 Leute. Sie sind ebenfalls von derartigen Umstrukturierungsprozessen betroffen. Auch hier lautet die klare Botschaft - die Uschi hat es ausgeführt -: Es gibt mit uns keine GmbH-Lösung! Das ist eindeutig. Dieses Feedback der Kolleginnen und Kollegen, die auch auf der Tribüne sitzen, haben wir.

In dem Prozess erschreckt mich etwas. Ich versuche einmal, zu beschreiben, was gestern passiert ist: Wir haben versucht, mit entsprechenden Fachexpertinnen und -experten, also Menschen, die vor Ort an den Dingen arbeiten und im Prozessmanagement, im Anforderungsmanagement sowie in der klassischen Hard- und Software-IT „unterwegs“ sind, die Gefahren einer GmbH-Lösung zu beschreiben. Mein Eindruck war: Wenn eine politische Entscheidung getroffen wurde, kommt man über die fachlichen Inhalte nur noch schwer ins Gespräch.

Ich bringe Ihnen heute eine zweite Botschaft mit. Gestern waren alle im Betrieb vertretenen Gewerkschaften am Tisch gesessen. Ich benenne sie noch einmal: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Komba und die tarifführende Gewerkschaft ver.di. Diese ist für einen Umstrukturierungsprozess am Wichtigsten. - (Unruhe) - Hören Sie zu! Auch die klare Botschaft der Gewerkschaften, die gestern am Tisch saßen, lautet: Keine GmbH-Lösung. Nehmen Sie diese Info mit!

Vielleicht noch ein letzter Satz dazu. Ich versuche, es nicht unemotional zu formulieren: Es wäre so ähnlich, wenn der Stadtrat jetzt Folgendes beschließen würde: Dinge, die er nicht lösen kann, lagert er in eine Stadtrats-GmbH aus, bietet neue Schnittstellen und wird dann über eine GmbH zur politischen Entscheidung informiert. Danke! - (Beifall von der Galerie)

OB Reiter:

Ich bitte die Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne ein letztes Mal! Es ist doch nicht so schwer! - (Zwischenrufe - Unruhe)

StR Progl:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Ich möchte nicht mehr auf diese Linux/Microsoft-Diskussion einschwenken. Erstens bin ich da nicht so emotional wie der Kollege Dr. Roth. Zweitens halte ich diese Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt auch für völlig fehl am Platz. Aus dem Gutachten geht hervor, dass die Organisationsstruktur das Problem ist. Das haben wir heute schon öfter gehört. Ich halte es nicht für richtig, einem zukünftigen IT-Referat oder auch einer GmbH-Lösung, wie Ihr sie präferiert, den Gestaltungsspielraum zu nehmen, indem man heute schon entscheidet, ob Linux oder Microsoft verwendet wird.

Wenn man ein IT-Referat gründen möchte - da würde ich dem Gutachten folgen -, wäre aus unserer Sicht der erste Schritt, sich darum zu kümmern, dass der neue Leiter/Referent oder die Leiterin/Referentin entsprechende Qualität aufweist, geeignete Qualifikationen mitbringt und nicht wieder nach dem schönsten Parteibuch besetzt wird. Das Einzige, was wir heute dringend auf den Weg bringen müssten, wäre, dieses IT-Referat von oben her mit Qualität aufzustellen! - (Beifall der Bayernpartei)

Ich möchte noch zwei Worte zum Änderungsantrag von CSU und SPD sagen. Es steht zwar drin, eine GmbH-Lösung solle im zweiten Schritt geprüft werden. Nach dem Wortbeitrag der Kollegin Frank kann man aber davon ausgehen, dass das die präferierte Lösung ist. Wenn ich das so machen möchte - ich unterstütze das nicht! -, brauche ich doch kein IT-Referat, das sich um diese GmbH kümmert! Ich muss ein paar Stellen im Betreuungsreferat schaffen und kann diese GmbH umsetzen. Ich brauche aber nicht diesen Winkelzug mit dem IT-Referat, das viel Geld und Arbeit kostet. Kurzer Schluss: Wir bitten, den ursprünglichen Referentenantrag zur Abstimmung zu stellen. Der Einfachheit halber werden wir alles andere ablehnen. - (Beifall der Bayernpartei)

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Ich würde gerne noch einmal die beiden Punkte Strukturfrage und Betriebssystem ansprechen.

Zur Strukturfrage: Wir sind der Auffassung, eine Referentin oder ein Referent ist richtig. Ein Referent muss richtig platziert sein und das Thema ist Chefsache. Deshalb wollen wir dieses Referat organisatorisch dem Direktorium und damit dem Oberbürgermeister zuordnen. Wir halten den

Rückhalt von der Spitze dringend erforderlich. Wenn das nicht der Fall ist, geht der Referent oder die Referentin unter. Er ist dann einer von zwölf Referenten, der sich im luftleeren Raum befindet, vor allem, wenn es ein IT-Spezialist und kein Verwaltungsmann ist. Das wollen wir auf keinen Fall. Deshalb unser Änderungsantrag in Ziffer 2.

Aus dem Wortbeitrag von Frau Kollegin Frank habe ich herausgehört, die Frage der GmbH ist für die CSU schon gelöst oder auf den Weg gegeben und die SPD trägt das wohl mit. Prüfanträge, die das Ergebnis vorwegnehmen, sind völlig unrealistisch. Wenn, dann muss das offen geprüft und kann nicht schon im Vorhinein festgelegt werden. Daher ist das der falsche Weg.

Mich wundert, dass das pädagogische Netz herausgenommen und den Stadtwerken zugeordnet wird. Wenn ich das richtig verstanden habe, muss die Tochtergesellschaft der Stadtwerke München erst gegründet werden. Organisatorische Veränderungen stehen bei den Stadtwerken noch im luftleeren Raum. Ich würde gerne hören, was die Stadtwerke dazu sagen und welche Pläne schon gereift sind. Ich habe den Eindruck, das ist ein absoluter Schnellschuss, dadurch motiviert, dass die Kollegin Zurek sich von der IT schlecht betreut fühlt. Ich glaube, sie kann nicht erwarten, von den Stadtwerken besser betreut zu werden.

Zum letzten Punkt, den CSU und SPD freundlicherweise von unserem Antrag übernehmen: Kostenklarheit präsentiert zu bekommen. Das soll uns aber nur referiert werden. Das heißt, wir treffen heute die Entscheidung und danach wird uns gesagt, das kostet so oder soviel. - (Beifall der FTB) - Das ist völlig unmöglich und unterirdisch. Das muss auf den Tisch und dann muss eine endgültige Entscheidung getroffen werden. Deshalb ist der letzte Satz in unserem Änderungsantrag der Wichtigste.

StR Schmude:

Lieber Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als kleine Oppositionsgruppe werden wir den Vorschlag von SPD und CSU, insbesondere den Änderungsantrag, ablehnen. Unsere Begründung unterscheidet sich ein bisschen von der der linken Opposition. Wir möchten uns von dem tiefen Griff in den Rhetorik-Topf etwas distanzieren.

Die Entscheidungsvorlage ist nicht nur schlecht, sondern in manchen Punkten sogar gut. Damit fange ich an, denn man soll das Gute immer zuerst sagen: Gut finden wir, dass behutsam reorganisiert wird. Es ist in öffentlichen Verwaltungen und in großen Firmen immer so ein Modeding. Die Röhre werden kürzer und wieder länger. Es wird zentralisiert und wieder dezentralisiert. Momentan

schwingt das Pendel der IT wieder in Richtung Zentralisierung. Man muss aufpassen, bei den Modeströmungen nicht zu übertreiben. Das ist in der aktuellen Vorlage nicht passiert. Die Reorganisation ist sehr behutsam und das ist gut so.

Gut ist auch ein IT-Referat mit einem IT-Referenten oder einer IT-Referentin zu schaffen. Das unterstützen wir sehr. Das ist nun einmal „State of the Art“. Man braucht einen IT-Chef, der mit politischer Macht hinterlegt ist. Der Weg ist richtig. In diesem Punkt können wir mit dem Änderungsantrag der FTB mitgehen.

Ich bin seit vielen Jahren LiMux-User, inzwischen sogar seit Jahrzehnten. Mir blutet das Herz, wenn ich höre, LiMux wird abgeschafft. Als ich allerdings zum ersten Mal den Münchner Linux-Client gesehen hatte, blutete mir alles, insbesondere der Kopf. Nach vierzehn Jahren LiMux kann das nicht die Krone der Schöpfung sein. Wir arbeiten mit einem Dinosaurier als Fenstermanager und eine Menge veralteter Programmen, die auf der alten Hardware zu langsam laufen. Wenn das nach vierzehn Jahren LiMux-Entwicklung in München alles ist, dann ist das zu wenig.

Die Rückmeldungen der Beschäftigten aus dem Rathaus und den anderen Behörden ist, dass Linux zwar gut und schön ist, aber dieser Client einfach nicht geht. Das Projekt LiMux dem normalen Anwender zu servieren, ist gescheitert.

Jetzt komme ich zu den Kritikpunkten: Gut wäre gewesen, sich enger an das Accenture-Gutachten zu halten. Diese Zweigleisigkeit, die von Schwarz-Rot kritisiert wird, weil es eben nicht zweigleisig ist, wäre nicht schlecht. Die Zweigleisigkeit ergibt sich automatisch und hat sich bereits durch den normalen Wildwuchs eingeschlichen. Vereinzelt haben sich die Leute auf dem kleinen Dienstweg schon Windows oder irgendetwas anderes, mit dem sie gut arbeiten können, beschafft. Wenn man diese Zweigleisigkeit offiziell macht, ist nichts verloren, sondern man hat einen Schritt hin zur Realität getan und kann die Übergangszeit besser und mit mehr Möglichkeiten bewältigen.

Insgesamt ist das ein Problem, das wir und die Landes- und Bundespolitik öfter haben. Politikermaßen sich Wissen an. Politiker meinen tatsächlich, besser zu wissen, wie die Zukunft aussieht, als es die Wirtschaft, einzelne Bürger oder Experten können. Das funktioniert nicht. Wir hatten diese Diskussion beim Beispiel Elektromobilität und wir haben sie jetzt bei der IT.

Der Kardinalfehler von 2003 war nicht die Frage Windows oder LiMux. Der Kardinalfehler war, dass damals Politiker meinten, sie wissen besser wie die Zukunft aussieht und haben damals eine Festlegung getroffen, die viel zu starr war. Diese müssen wir heute ein bisschen öffnen.

Wir dürfen jetzt nicht den Fehler in die andere Richtung machen und Windows als Client der Zukunft festzunageln. Es gibt mehrere Indizien, dass die Zukunft ganz anders aussieht, zum Beispiel „Bring Your Own Device“. Das heißt, es gibt keine Support mehr für den Client. Wer will, bringt sich seinen Client von Daheim mit und „supportet“ diesen selbst. Was immer es dann ist: das Smartphone der Zukunft oder der eigene Laptop. Für Profinutzer, und die werden immer mehr, ist das der Weg der Zukunft oder zumindest ein interessanter Trend. Diese Vorteile können wir nicht genießen, wenn wir schon wieder ein monolithisches Betriebssystem als Client vorschreiben.

Noch aus einem weiteren Grund müssen wir das ablehnen: Ganz unten stehen 21 neue Vollzeitäquivalente. Das kann kein guter Schritt sein, die IT effektiver zu machen. Aus der Wirtschaft kenne ich, Effektivität ist immer ein Euphemismus dafür, Arbeitsplätze einzusparen. Wenn ich heute Effektivität höre und es kommen 21 Vollzeitäquivalente als allerersten Schritt dazu, ist irgendetwas faul. Danke für's Zuhören.

StRin Sabathil:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Frau Wolf, weil Sie mich persönlich angesprochen haben, rekurriere ich mich auf Ihre Einlassung: Sie haben mich nicht richtig verstanden oder Sie haben mir nicht richtig zugehört. Mir ist natürlich klar, wenn mein Computer nicht läuft, hat das nichts mit dem Betriebssystem zu tun. In diesem Zusammenhang wollte ich die dIKA loben, weil die dIKA-Leute immer da sind, ob in der Früh um acht oder nachmittags um fünf, und diese wahn-sinnig geduldig sind. Ich möchte die dIKA-Leute, die für die Stadträte abgestellt sind, besonders herausheben.

Zu den Anfängen von LiMux hat es noch niemand so deutlich gesagt: Ich begreife, das Remigrieren ist nach so langer Zeit mit Schwierigkeiten verbunden. Das konnte man aus den erhaltenen E-Mails sehen. Das ist nicht blöd, was dort geschrieben steht.

Ich habe immer gehört, damals war das eine mutige Entscheidung. Das war ein „Kas“ damals, ein aufgesetzter „Schmarrn“. Damals war dies eine politische und keine sachorientierte Entscheidung. Das hat sich dann gezeigt. Ein bisschen war dieser Neidgedanke im Hinterkopf: Wir wollen nicht alles Microsoft zuschieben. Am Anfang hat nichts funktioniert. Wer damals schon dabei war, konnte

jede zweite oder dritte E-Mail bzw. den Anhang nicht öffnen, weil LiMux das nicht oder nicht so schnell konnte. Damit darf ich nicht eine Stadt überziehen, die funktionieren soll.

Mir fällt es nicht schwer zu Microsoft zurückzugehen, weil ich es damals für einen richtig großen, bayerischen „Kas“ gehalten habe. Wenn wir damals als CSU den Antrag gestellt hätten und remigriert wären, dann wäre es einfacher gewesen. Dass es jetzt Schwierigkeiten gibt, kann ich mir sehr gut vorstellen. Das muss man in den Griff bekommen. Frau Kollegin Hübner, es ist nicht so, wie Sie sagen, wenn man viel versteht: Dann mache ich halt was anderes oder wieder was anderes. Was wir heute beschließen, ist ein sehr großer Schritt, den wir nicht alle paar Monate umwandeln können. Ich weiß nicht, ob sich alle Kollegen darüber im Klaren sind, wie groß dieser Schritt ist.

Zur GmbH, Frau Kollegin Frank: Sie haben es so dargestellt, als wäre das eine Superlösung. Die Vertreterin der Beamten hat es bereits gesagt: Die Beamten wollen keine GmbH, weil sie dort nicht weiterkommen. Ich möchte von Ihnen, Frau Kollegin Frank, wissen, wie Sie den Beamten eine Umsiedlung in eine GmbH erklären, in der sie dann noch dreißig Jahre ihres Lebens sitzen und nicht weiterkommen.

StR Reissl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Kurz zu drei Punkten:

Erstens Sicherheit: Die gesamte Bundesverwaltung, die Bayerische Landesverwaltung, wahrscheinlich genauso die Verwaltungen der anderen 15 Bundesländer und die meisten Kommunalverwaltungen setzen das Betriebssystem ein, dessen Markennamen man nicht sagen darf. Das ist bei Betriebssystemen... - (Zwischenruf) -, nein, das ist bei Betriebssystemen einfach so. Es gibt ein Betriebssystem oder eine überschaubare Anzahl von verschiedenen Betriebssystemen, die mit ihrem Namen benannt werden. Mit was denn sonst?

In der Versicherungswirtschaft, der Industrie und den Banken werden Marktstandards eingesetzt. Natürlich muss man sich um die Sicherheit kümmern. Auch wir müssen die Sicherheit mit unserem jetzigen Mix an Betriebssystemen, die wir auf den Servern an den Arbeitsplätzen haben, gewährleisten.

Zweitens „Warum ein Referat?“: Wir wollen ein Referat, weil wir eine zentrale Übersicht und Steuerung der IT möchten. Nur dieser Referent oder diese Referentin hat das Antragsrecht im Stadtrat. Der Werkleiter eines Eigenbetriebes oder der Geschäftsführer einer GmbH hat dieses Antragsrecht

nicht. Dort würde er dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister, der Bürgermeisterin oder einem Referenten zugeordnet und nur einen Teil der Arbeitskraft und Aufmerksamkeit der jeweiligen Person erhalten. Die IT soll wie die Stadtkämmerei oder das Personal- und Organisationsreferat eine Querschnittsaufgabe werden und auf dieser Ebene als Referent oder Referentin wahrgenommen werden.

Drittens „Wird aus dem Eigenbetrieb it@M irgendwann einmal eine GmbH?“: Wir wollen das nicht von Haus aus ausschließen. Wir wollen uns heute nicht hierher stellen - jedenfalls nicht die SPD-Fraktion - und die Behauptung aufstellen, das sei schon so. Wir wollen das ernsthaft und ergebnisoffen prüfen. Wir wissen, was dafür spricht. Wir wissen, was dagegen spricht.

Frau Kollegin Hofmann und Herr Kollege Dietl-Dinev: Wir beschließen heute nicht über eine GmbH. Wir haben uns gestern schon darüber unterhalten. In dem Änderungsantrag von SPD und CSU steht nicht drin, heute eine GmbH zu beschließen, in die it@M überführt wird. Das ist nicht der Beschluss.

Ich kann mich erinnern, ich war 1998 schon dabei. Es war nicht einfach, als der Eigenbetrieb Stadtwerke München in eine GmbH umgewandelt worden ist. Es hat massive Widerstände von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtwerke und eine große Protestversammlung gegeben. Angeführt vom damaligen Personalratsvorsitzenden Ludwig Wörner, der uns später auch noch Arbeit gemacht hat – jedenfalls nach seinen Wahlplakaten. Die Olympiahalle war voll. Wir haben uns trotzdem getraut, weil wir der festen Überzeugung waren, für ein Unternehmen wie die Stadtwerke war das, unter den sich verändernden Voraussetzungen, die einzig richtige Lösung. Wir haben das getan und ich glaube, es bestreitet niemand mehr, dass das der richtige Schritt war.

Es gibt in diesem Stadtrat noch Mitglieder, die über ausreichend Erfahrung in solchen Prozessen verfügen. Ich will nicht bestreiten, dass der ein oder andere mehr IT-Wissen hat als wir. Auf der anderen Seite gibt es in dem Stadtrat eine Reihe Mitglieder, die über die reine IT-Fachlichkeit hinaus Kompetenzen haben. Es geht nicht nur um IT, sondern auch um politische Prozesse und Entscheidungen, die am Ende dieser Stadtrat zu treffen hat. Danke für die Aufmerksamkeit! - (Beifall)

StRin Messinger:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Florian Roth hat vorher davon gesprochen, wir kümmern uns nicht um die Belange der Beschäftigten. Den meisten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es egal, mit welchem Client ihr Rechner läuft. Sie wollen nur, dass es funktioniert.

Ich erinnere an die Abfrage der IT-Zufriedenheit, die im Gutachten eine Rolle gespielt hat: 85 % schildern Softwareprobleme, 74 % Druckerprobleme, 54 % Hardwareprobleme. Laut Gutachten ist die heterogene Client-Architektur eine Ursache.

Unser Personal beschäftigt das Thema Prüfung der GmbHs, wie vorher der Gesamtpersonalrat dargestellt hat. Deshalb wiederhole ich die Aussagen vom Fraktionsvorsitzenden Alexander Reissl und von Frau Hübner, dass das Prüfaufträge sind. Wir bieten den Personalräten an, im Gespräch zu bleiben. Lasst uns bitte den Dialog gemeinschaftlich suchen und Argumente austauschen.

Liebe Uschi Hofmann und lieber Constantin Dietl-Dinev! Ich glaube, der bessere Weg ist weiter miteinander zu reden, auch heftig zu streiten, zu diskutieren und hoffentlich zu einer gemeinschaftlichen Lösung zu kommen.

Zum Thema IT-Personal: Unser Anliegen ist, den hohen Anteil an Externen abzubauen. Wir haben zum Beispiel bei STRAC 30 % Externe. Im Durchschnitt haben wir 18,3 % Externe. Das Gutachten ergab keine klare Strategie bei der Nutzung von externen Dienstleistern. Wir wollen das Know How und das Wissen unserer Beschäftigten weiter aufbauen. Wir glauben, gute Beschäftigte im IT-Bereich zu haben und die Weiterbildung in diesem Bereich ist wichtig. Wir wollen Lösungen finden, wie die Stellen schneller besetzt werden können. Es ist schon immer ein Thema im Verwaltungs- und Personalausschuss, dass wir gerade im IT-Bereich so viele freie Stellen nicht besetzen können. Wir wollen die Ausbildung weiter verstärken, zum Beispiel mit dem neuen dualen Studium in Zusammenarbeit mit der Hochschule. Wir befinden uns in München in einem hart umkämpften IKT-Personal-Markt. Das werden wichtige Aufgaben für den neuen IT-Referenten oder die neue IT-Referentin sein. Diese für uns besonders wichtigen Themen werden bei der Diskussion, ob eine Betriebs-GmbH sinnvoll ist oder nicht, eine Rolle spielen. Alexander Reissl hat das schon ausgeführt: Mit dem neuen IT-Referat schaffen wir eine bessere Steuerung, stärken die Kompetenzen, schaffen klare und eindeutige Verantwortlichkeiten und hoffen auf schnellere Abläufe. Danke schön! - (Beifall)

StR Ranft:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Alexander Reissl! Jetzt hat mich der Redebeitrag doch noch einmal dazu gebracht, nach vorne zu kommen. Es stimmt einfach nicht, dass das nur ein Prüfauftrag ist. Dann müsst ihr die Anträge besser formulieren. Ich lese ganz langsam die Ziffer 4 geändert vor:

„Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Stadtwerke München GmbH (SWM) in einem ersten Schritt eine Überführung der IT des Referats für Bildung und Sport, Pädagogisches Netz in eine Tochtergesellschaft der SWM zu prüfen.“

Das ist okay! Dann kommt aber der nächste Satz:

„Die Überführung soll möglichst bis Ende 2019 abgeschlossen sein.“

Das macht doch keinen Sinn. Da nehmt ihr das Ergebnis vorweg. - (Zwischenrufe) - Das stimmt nicht. Ich verstehe das so, dass ihr diese GmbH haben wollt. - (Unruhe)

OB Reiter:

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Erst einmal danke für eine halbwegs vernünftige Debatte zu diesem ersten Aufschlag, den wir heute beschließen wollen. Ich habe den Änderungsantrag extra mitgenommen, möchte aber zwei, drei Sätze noch im Vorfeld loswerden:

Erstens: Warum tut sich ein frisch gewählter Oberbürgermeister so ein Thema an? Er weiß, bei Teilen der Verwaltung, der Belegschaft und Teilen der Stadtratsmitglieder macht er sich nicht nur Freunde.

Ich tue es deshalb, weil ich erstens 35 Jahre vorher selbst Mitglied dieser Verwaltung war und meine tägliche Befindlichkeit mit dem Umgang der städtischen IT hatte. Das ist aber nicht wichtig, sondern nur Indiz dafür, warum man sich dem Thema nähert.

Zweitens: Ich habe gesagt, es ist nicht wichtig, was der Oberbürgermeister für ein Gefühl hat. Ich möchte wissen, was die Beschäftigten wollen. Dann stelle ich fest, über die Hälfte der Beschäftigten - egal, ob es 61,4 % oder 58,6 % sind - sagen, sie sind nicht zufrieden mit der städtischen IT. Das würde ich tolerieren, wenn wir wenigstens preisgünstig wären. Das ist aber nicht der Fall. Nach meiner Überzeugung geben wir deutliche Millionenbeträge aus, mit dem Ergebnis, über die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen ist nicht glücklich und unzufrieden. Um das geht es nämlich auch, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gesamtpersonalrats. Aus meiner Sicht gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder ich sage ich, das ist mir „wurscht“ - das war noch nie meine Vorgehensweise - oder ich versuche das zu ändern.

Dann habe ich ein Gutachten in Auftrag gegeben, weil ich zugegebenermaßen ein einigermaßen erfahrener Anwender, aber beileibe kein IT-Spezialist bin. Ich habe gesagt, lass uns ein Gutachten machen, in dem das Ganze noch einmal überprüft wird. Übrigens nie mit dem wirklichen Ziel oder der Grundausrichtung - die beiden Kollegen stehen da hinten und sagen: Machen wir jetzt Windows oder Linux? Ich wollte einfach wissen, wie wir eine zukunftsfähige, leistungsfähige, wirtschaftliche und für alle Anwenderinnen und Anwender und natürlich auch für die Bevölkerung vernünftige IT bekommen. Das war die Idee! Wir haben dieses Gutachten gemacht und uns darüber sehr lange ausgetauscht. Das Direktorium hat sich eine sehr, sehr lange Zeit mit dieser Vorlage beschäftigt, weil sie nicht trivial ist. Diese Vorlage ist in die politische Diskussion eingeführt und ein Änderungsantrag formuliert worden.

Erlauben Sie mir diesen Änderungsantrag noch in drei, vier Sätzen zu erläutern: Ziffer 2 geändert heißt „Es wird ein Referat gegründet.“ Ich habe heute nicht wirklich einen harten Gegenwind vernommen. Es ist, glaube ich auch dringend erforderlich, weil eines der Grundprobleme ist eine gewisse heilsame Verunsicherung im Bereich der IT. Ich will eine gezielte Projektsteuerung durch den Steuerer, das ist der Stadtrat. Dazu braucht es eines Mittels und das ist ein IT-Referent oder eine IT-Referentin. Der wird, da mögen mir die Kolleginnen und Kollegen auf der Referentenbank recht geben, sich genauso selbstbewusst durchsetzen, wie die anderen auch. Wer das nicht glaubt, kann gerne einmal eine Woche Oberbürgermeister spielen!

Die Kolleginnen und Kollegen haben schon ein gefestigtes Selbstbewusstsein und wissen, wie man damit umgeht. Die Idee ist, dass es durch den IT-Referenten einen entsprechenden IT-Ausschuss gibt, der künftig die Priorisierung der zu realisierenden Maßnahmen steuert und nicht dem Zufall überlässt, wie viel Arbeitnehmerkapazitäten gerade frei sind. Das ist der erste Teil.

Als dringend erforderlich sehe ich einige Schnittstellen weniger. Ich lese vor, was unter dem Punkt IT-Referat steht:

„Parallel wird die Gründung einer Betriebs-GmbH geprüft, in die der Eigenbetrieb it@M überführt wird, sobald die wesentlichen Voraussetzungen (u.a. Klärung der Umsatzsteuerpflicht, Klärung personeller Fragen und Beteiligung der zuständigen Personalräte) vorliegen.“

Prüfen - das sage ich jetzt generell - Kolleginnen und Kollegen und auch an euch Kolleginnen und Kollegen: Prüfen heißt prüfen! Ich stehe hier, weil ich der zuständige Referent des Ausschusses

bin, nämlich des Verwaltungs- und Personalausschusses. Ich sage euch, ich sage Ihnen in jedem Fall zu, wo Prüfung steht, heißt Prüfung. Es wird danach eine Vorlage geben und der Stadtrat wird darüber verdammt noch mal entscheiden können. Sonst brauche ich nicht Prüfung reinschreiben! Das ist das Einzige, was da - (Beifall) - letztlich steht. Man wird in Gottes Namen darüber nachdenken dürfen, Kolleginnen und Kollegen, ob es sinnvoll und wirtschaftlich ist, Teile - und es wird meines Erachtens nie das ganze IT-Referat irgendwo in einer GmbH landen - in eine GmbH auszulagern und Betriebsteile extern abzubilden.

Natürlich haben die Personalvertretungen dann die Möglichkeit ihre Sicht der Dinge einzubringen. Alexander Reissl hat es schon gesagt. Es gab früher schon einmal Auseinandersetzungen und darauf können wir uns rekurrieren. Wir werden euch natürlich einbeziehen. Die Beschlussvorlage wird eine Stellungnahme der Personalvertretung beinhalten. Dann wird der Stadtrat entscheiden, was weiter zu passieren hat.

Das Thema „Pädagogisches Netz“: Das war ein Wunsch der neuen Referentin. Nach Ansicht der Fachleute lässt sich dieses zugegebenermaßen komplizierte Pädagogische Netz auch in eine externe GmbH auslagern, um dort schneller und effektiver Verbesserungen zu erzielen. Ich habe den Kollegen Bieberbach angerufen und gefragt: Könnt Ihr Euch das vorstellen? Die Antwort: Na ja, in groben Zügen können wir uns das vorstellen. Sie „reißen“ sich nicht darum. - (Zwischenruf: Vernünftigerweise!) - Herr Dr. Bieberbach ist der Geschäftsführer der Stadtwerke München GmbH. Wenn wir das wollen, macht er das natürlich, aber nur für das Pädagogische Netz.

Wenn ich nicht ganz falsch lese, steht da „prüfen“ und im nächsten Satz, lieber Thomas, „Die Überführung soll möglichst bis 2019 abgeschlossen sein.“ Für mich bedeutet das, natürlich nur, wenn die Überprüfung zu einem positiven Ergebnis kommt. Eine andere Variante ... - (Zwischenrufe) - Wir formulieren manchmal Änderungsanträge unpräzise. Ich werde mich daran erinnern, wenn Ihr einen solchen einbringt. Deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet, ich wollte eigentlich gar nicht. Ich wollte nur klarstellen, wenn da „prüfen“ steht, heißt das „prüfen“. Es wird noch einmal eine Vorlage geben, und Ihr alle dürft gemeinsam noch einmal entscheiden.

Gleiches gilt übrigens für das wahnsinnig im Vordergrund stehende Thema Betriebssystem. Ich teile die Einschätzung der Kollegin Messinger zu 100 %. Um es deutlich zu sagen: Den meisten meiner Kolleginnen und Kollegen ist es völlig „scheißegal“, welches Betriebssystem läuft. Sie möchten, dass die IT funktioniert, dass sie zuverlässig und anwenderfreundlich ist. Das Betriebssystem interessiert eher die weniger. Es gibt Spezialinteressen. Das wurde heute vehement

vorgetragen, ich habe es mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Es war mir nicht neu, ist aber nicht maßgebend für mich. Für mich steht im Mittelpunkt, der Auftrag unter 6 b neu) heißt, es wird ein Konzept erstellt. Über ein Konzept werde ich nicht alleine oder werden wir im stillen Kämmerchen entscheiden, das werden wir hier im Stadtrat beschließen. Wenn das Konzept nicht überzeugt, wird es keine Mehrheit finden. Mit dem Konzept wird natürlich auch der Gesamtpersonalrat, wird die Personalvertretung noch einmal eindringlich befasst.

Wenn es der Klarstellung dient, übernehme ich deshalb gerne den entsprechenden Abschnitt im Änderungsantrag der FTB, einschließlich des letzten Satzes, wonach die Entscheidung der Stadtrat trifft. Das klingt jetzt eher nach „der weiße Schimmel“, aber ... - (Zwischenrufe: Bekanntgabe!) - Nein, das ist keine Bekanntgabe! Ich sage noch einmal ausdrücklich: Überall dort, wo „prüfen“ steht, wird es mindestens eine, wenn nicht sogar zwei oder drei weitere Vorlagen geben. Wir können doch nicht ernsthaft glauben, einen Komplex, der tatsächlich nach 15 Jahren eine deutliche Trendwende sein kann, in *einer* Beschlussvorlage und in *einer* Sitzung abhandeln zu können. Dazu gibt es auch Ausschusssitzungen. Der Stadtrat wird hinlänglich Gelegenheit haben, sich ein Bild zu machen.

Ich bitte deshalb darum, es deutlich entspannter zu sehen, als es jetzt aussieht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden hoffentlich vom GPR über die nächsten Schritte auf dem Laufenden gehalten. Wir werden dafür sorgen, dass Ihr jedenfalls die Möglichkeit habt, sie auf dem Laufenden zu halten. Das zu tun, ist letztlich Eure Entscheidung. Mir war es wichtig, noch einmal zu sagen, wo wir „prüfen“ sagen, meine jedenfalls ich auf jeden Fall „prüfen“. Danke schön. - (Beifall)

(Zwischenrufe: Eine Frage ist noch offen! - Verschiedenste Fragen!) - Verschiedenste Fragen sind noch offen? Ich weiß nicht, ob wir jetzt eine Frage- und Antwortstunde mit den Beratern machen sollten? - (StR Dr. Roth: Bitte eine Darstellung der Rechtsabteilung, ob das so vergaberechtlich okay ist!) - Nein, wir prüfen doch gerade und zu einer Prüfung, lieber Florian Roth, gehören natürlich auch die rechtlichen Voraussetzungen. Glauben Sie mir, und auch das gebe ich gern zu Protokoll: Wenn es rechtlich nicht zulässig ist, werden wir es nicht tun. Ist das okay? Ganz einfach! Deshalb brauche ich es auch heute nicht zu beantworten. Das wird im Konzept berücksichtigt. Selbstverständlich wird dort stehen, ob wir es dürfen! Wir beschließen zu prüfen, auch wenn Ihr es nicht gerne zur Kenntnis nehmt. Das ist eben so.

Der von der BAYERNPARTei Stadtratsfraktion als Änderungsantrag eingebrachte ursprüngliche Referentenantrag aus der Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 08.02.2017 wird gegen die Stimmen der Antragsteller **abgelehnt**.

Der von StRin Wolf als Änderungsantrag gestellte ursprüngliche Änderungsantrag Nr. 2628 von DIE LINKE. aus der Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 09.11.2016 wird gegen die Stimmen der Antragsteller **abgelehnt**.

Der beiliegende Änderungsantrag der ÖDP wird gegen die Stimmen von ÖDP, DIE LINKE., Die Grünen - rosa liste, BAYERNPARTei Stadtratsfraktion, Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, BIA und StRin Sabathil **abgelehnt**.

Der beiliegende Änderungsantrag von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung zum Antrag von CSU und SPD (Tischvorlage) wird punktweise wie folgt abgestimmt:

Ziffer 2 wird gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, LKR und BIA **abgelehnt**.

Ziffer 4 wird gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, StRin Sabathil und BIA **abgelehnt**.

Ziffer 6b) ergänzt – Teil 1 wird in der Fassung „Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich ein Konzept zu erstellen, ... werden kann. Bei den Standardfunktionalitäten (Textverarbeitung ...) **sollen** dabei stadtweit einheitlich marktübliche Standardprodukte **eingesetzt werden**, die eine höchst mögliche Kompatibilität ... gewährleisten“, gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, LKR und BIA **abgelehnt**.

Ziffer 6b) ergänzt - Teil 2 wird in der unveränderten Fassung „Bei der Erarbeitung des Konzepts soll zudem dargestellt werden, welche bisherigen Programme auf LiMux-Basis entfallen sollen. Hierbei wird der Stadtrat darüber unterrichtet, inwieweit und in welcher Höhe Investitionskosten abgeschrieben werden müssen. Zum anderen soll eine grobe Kalkulation der notwendigen Kosten für die

Anschaffung der geplanten stadtweit einheitlichen und marktüblichen Client-Architektur vorgelegt werden“, gegen die Stimmen von BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion **beschlossen**.

Ziffer 6b) ergänzt Teil 3 wird in der berichtigten Fassung „**Der** Stadtrat wird dann eine endgültige Entscheidung treffen“, gegen die Stimmen von BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion **beschlossen**.

Der Änderungsantrag von SPD und CSU wird um die geänderte Ziffer 6b) ergänzt und insgesamt gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, ÖDP, DIE LINKE., LKR und BIA **beschlossen**.

Der insoweit modifizierte Referentenantrag wird in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, ÖDP, DIE LINKE., LKR und BIA **beschlossen**.

**„Haus mit der roten Fahne“ erhalten“
Antrag Nr. 2596 von DIE LINKE. und
Die Grünen - rosa liste vom 27.10.2016
und Antrag Nr. 2821 von DIE LINKE. und
Die Grünen - rosa liste
vom 31.01.2017
BA-Antrag Nr. 2777 des Bezirksausschusses 8,
Schwanthalerhöhe vom 13.09.2016**

Aktensammlung Seite 5423

- Der Vorsitzenden des Bezirksausschusses 8, Frau Stöhr, wird auf Antrag Rederecht eingeräumt. -

Frau Stöhr (Bezirksausschuss 8):

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Münchner Stadtrats! Vielen Dank, dass ich heute hier sprechen darf. Sie alle wissen, warum ich hier bin. Es geht um die Zukunft des „Hauses mit der roten Fahne“, Tulbeckstraße 4 f. Für unseren Stadtteil ist das eine Herzensangelegenheit, deshalb bin ich heute hier.

Wir haben uns gestern Abend im Bezirksausschuss mit dieser Beschlussvorlage befasst. Wir lehnen sie ab. Wir sprechen uns nach wie vor einstimmig für die Rücknahme der Kündigung und für die Nutzung der Immobilie in der jetzigen Form als soziales und kulturelles Zentrum der Arbeiterbewegung auf der Schwanthalerhöhe aus. Wir unterstützen weiterhin den gemeinsamen Antrag von Die Grünen - rosa liste und DIE LINKE. und auch deren gemeinsamen Änderungsantrag.

Sie haben im September 2015 mehrheitlich beschlossen, dass die Tulbeckstraße 4 f langfristig der Wohnnutzung dienen soll, um den dringenden Bedarf nach Wohnraum zu berücksichtigen. Niemand stellt infrage, dass dies eines der wichtigsten Ziele der Landeshauptstadt München ist. Aber um welchen Preis? Wir hatten am Montag eine Diskussionsveranstaltung im Viertel, die mit ca. 200 Bürgerinnen und Bürgern sehr gut besucht war. Dort haben wir erfahren, dass maximal sieben Wohnungen geschaffen werden können. Wer die beengten Verhältnisse dort kennt, fragt sich, wie das funktionieren soll. Ich weiß nicht, wer von Ihnen überhaupt schon vor Ort war. Es gibt in unmittelbarer Nachbarschaft eine private Druckerei, Lärmbeschwerden künftiger Nachbarn sind daher

vorprogrammiert. Ich möchte außerdem darauf hinweisen, 2013 hat sich die GWG gegen eine Bebauung entschieden, weil es unwirtschaftlich sei.

Man muss sich Folgendes vorstellen: Wir haben es hier mit einer kleinen Hinterhofimmobilie zu tun, deren Nutzer vor die Tür gesetzt werden sollen. Gleichzeitig schaut man ein paar Straßen weiter zu, wie Privateigentümer ihre Immobilien verfallen lassen. Ich sage nur, die „Döner-macht-schöner-Ruine“ und das „Schnitzel-Haus“, beide sind inzwischen stadtweit bekannt. An dieser Stelle würde ich mir mehr Engagement und kreativere Lösungen erwarten. Wenn sich die Stadt mehr mit den Privateigentümern in Verbindung setzen und sie wirklich in die Pflicht nehmen würde, könnten 80 Wohnungen geschaffen werden. - (Beifall) - Sie verträsten uns immer damit, privater Leerstand sei in der Stadt München kein Problem. Wir haben aber hier eine prominente Situation und im Westend ist es eben schon ein Problem.

Wir müssen uns fragen, in welcher Stadt wir leben wollen? Wollen wir alles bedingungslos dem Wohnungsbau unterordnen? Wollen wir eine „geschleckte“, eine „glatt gebügelte“ Stadt, in der einzelne Quartiere nicht mehr voneinander zu unterscheiden sind? Oder wollen wir eine Stadt mit lebendigen Stadtvierteln, in denen wir gewachsene Treffpunkte haben, in denen sich auch selbstorganisierte Gruppen treffen können, in der Menschen sich austauschen, wo sie diskutieren können und Raum für Subkulturen ist. Mit solchen Treffpunkten könnte vielleicht auch der eine oder andere Sozialarbeiter eingespart werden, weil die Menschen eben nicht mehr vereinsamen. - (Beifall) - Bei der Diskussion geht es nicht wirklich darum, Wohnraum zu schaffen. Das geht woanders schneller und billiger. Wir führen eine ideologische Debatte, die da heißt „kein öffentliches Eigentum in linker Hand“. - (Beifall)

Im Herbst 2016 haben sich viele Bürgerinnen und Bürger schriftlich an die Landeshauptstadt München gewandt. Bestimmt haben nicht nur Linke und Kommunisten gefordert, von der Kündigung des bisherigen Mieters abzusehen und das Mietverhältnis zu verlängern. Es haben inzwischen 2.000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben. Ich bitte Sie, nehmen Sie diese Stimmen aus der Bürgerschaft ernst und ignorieren Sie sie nicht einfach! - (Beifall)

Herr Oberbürgermeister, an Sie gerichtet: Mir liegen viele entsprechende Schreiben in Kopie vor. Sie sind aufgefordert worden, das Thema zur Chefsache zu machen. Mir ist mitgeteilt worden, die Briefe sind noch nicht beantwortet. Vielleicht können Sie heute dazu Stellung nehmen. Es ist noch nicht zu spät, sie heute zur Chefsache machen. - (Beifall)

Die Schwanthalerhöhe ist entstanden als Arbeiterviertel. Es geht auch darum, Geschichte zu bewahren und lebendig zu erhalten. Der bisherige Mieter ist in seiner Existenz bedroht. Es geht um einen der ältesten Gewerbebetriebe auf der Schwanthalerhöhe. Der Verlust wäre eine kulturelle Verarmung und ein weiterer Schritt zur Gentrifizierung unseres Westends. Das wollen wir alle nicht. Wir wollen diese Einrichtung nicht verlieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen des Münchner Stadtrats, ich appelliere an Sie, vor allem an die eher konservativen Kräfte: „Conservare“ heißt „bewahren“. Überdenken Sie bitte Ihre Haltung, sollte sie ideologisch motiviert sein. Tragen Sie dazu bei, ein Stück Heimat zu bewahren. Die Geschichte des Westends ist auch ein Stück Münchner Geschichte. - (Beifall) - Ich wende mich an die SPD-Fraktion: Wer, wenn nicht die Sozialdemokratie, könnte sich besser als jede andere Partei für das Erbe der Arbeiterbewegung einsetzen? Die „Martin-Schulz-Festspiele“ sind irgendwann vorbei, dann werden Sie auch wieder an den Taten gemessen. - (Heiterkeit - Beifall)

Geben Sie sich einen Ruck und nehmen Sie die Bürgerinnen und Bürger aus unserem Stadtviertel ernst, auch unseren Bezirksausschuss. Regieren Sie nicht einfach über unser Viertel hinweg. Ich bitte Sie, nehmen Sie die Kündigung zurück. Stimmen Sie heute für den Erhalt des „Hauses mit der roten Fahne“. Stimmen Sie für ein liebens- und lebenswertes Westend, damit stimmen Sie auch für eine liebens- und lebenswerte Landeshauptstadt München. Vielen Dank.- (Beifall)

StR Oraner:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg möchte ich mich für die einleitenden, sehr wichtigen und wertvollen Ausführungen der BA-Vorsitzenden Frau Stöhr bedanken. Als DIE LINKE. unterstützen wir voll und ganz den Bezirksausschuss 8, der dieses unsinnige Sanierungskonzept ablehnt und sich für den Erhalt eines wichtigen Teils der Arbeiterkultur in seinem Stadtteil engagiert. Frau Stöhr hat schon erwähnt, wir reden von einem Stadtteil, in dem sich in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie in München entwickelt haben.

Der bekannte Münchner Autor August Kühn, der in der besagten Tulbeckstraße 4 f gewohnt hat, hat es in seinem Buch „Zeit zum Aufstehen“ eindrucksvoll beschrieben. Mutige Menschen aus der Münchner Arbeiterbewegung haben trotz Verfolgung, Folter und jahrelanger Festungshaft über Generationen gewirkt. Viele mussten ihr Leben lassen für eine sozialgerechte und demokratische Gesellschaft. Aus dieser Bewegung heraus ist auch eine Kultur entstanden. Damit meine ich nicht nur unzählige, sehr wertvolle und wichtige künstlerische und literarische Werke, sondern Umgangsformen und Lebensweisen, mit denen wir unseren Alltag gestalten und bereichern: Kollegialität bei

der Arbeit, sich organisieren und einsetzen für gemeinsame Interessen und Ziele und dabei die Solidarität nicht vergessen, Solidarität in der Gemeinschaft und Solidarität mit dem Einzelnen. Ohne diese Werte der Arbeiterkultur gäbe es unsere demokratische Kultur nicht .

Genau für diese Kultur steht das „Haus mit der roten Fahne“. Sie können mit den Kolleginnen und Kollegen im Haus, die aktive Gewerkschaftsmitglieder sind, weltanschaulich grundsätzlich anderer Meinung sein. Sie können ihre politischen Ansichten gänzlich ablehnen, das ist Ihr Recht, das steht Ihnen zu, das verwehrt Ihnen niemand. Wenn das aber der Grund dafür sein sollte, das Haus „platt zu machen“, ist das antidemokratisch. Das hat mit Demokratie nichts zu tun. - (Beifall)

In diesem Haus gibt es eine Druckerei und einen Arbeiterverlag. Dort werden auch regelmäßig kulturelle Veranstaltungen organisiert. Das Publikum kommt aus der unmittelbaren Nachbarschaft, aus ganz München, mit unterschiedlichen politischen Richtungen. Ich war in den letzten Jahrzehnten einige Male bei unterschiedlichen Veranstaltungen im „Haus mit der roten Fahne“. Ich habe die persönliche Erfahrung gemacht, jeder Mensch, der für Frieden ist, gegen Rassismus und Antisemitismus, der sich für die Rechte der arbeitenden Menschen einsetzt und sie unterstützt, ist in diesem Haus willkommen. Nicht zuletzt deshalb haben über 2.000 Menschen für den Erhalt des Hauses unterschrieben. Der Bezirksausschuss spricht daher zu Recht von einem Verlust einer sozialen und kulturellen Einrichtung, sollte dieses Sanierungskonzept umgesetzt werden.

Kolleginnen und Kollegen, hören Sie auf die Stimme des Bezirksausschusses. Hören Sie auf Ihre Parteifreunde im Bezirksausschuss, denn sie haben sich richtig entschieden. Hören wir gemeinsam auf diese Stimmen und entscheiden uns heute für und nicht gegen das Haus. Ich danke Ihnen. - (Beifall)

- BM Schmid übernimmt den Vorsitz -

BM Schmid:

Ich nehme die Gelegenheit zum Anlass, Sie, sehr verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, noch einmal zu bitten, keine Beifallsbekundungen oder Missfallensbekundungen von der Tribüne aus zu äußern. Das ist eine gute Gepflogenheit und ich bitte Sie, sich daran zu halten.

StRin Demirel:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es wird Sie nicht überraschen, wir unterstützen die Beschlussvorlage in dieser Fassung auf jeden Fall nicht. Dafür haben wir mehrere Gründe: Mir

wurde bisher selten ein Sachthema vorgestellt, bei dem wir ohne rationale Argumente und Sachzwänge aufgefordert wurden, einen Beschluss zu fassen, der absolut nicht nachvollziehbar ist.

Es geht um den Standort Tulbeckstraße 4 f. Ich habe bewusst unserem Änderungsantrag ein Foto beigefügt. Ich gehe davon aus, die wenigsten im Stadtrat haben sich die Fläche und den Standort angesehen. Daher das Foto, damit Sie sich das vorstellen können: Eine geringfügige Fläche, stadtplanerisch absolut irrelevant, dient als Hauptargument für unsere Wohnungspolitik. Frau Merk, lesen Sie die Vorlage. Das wird als Hauptgrund in der Vorlage angeführt.

Das Thema ist nicht neu. Vielleicht konnte die Begutachtung und die Grundanalyse aufgrund der kurzen Zeitvorgaben nicht richtig zu Ende geführt werden. Wir haben das Thema vor einigen Jahren schon einmal gehabt. Die MGS (Münchener Gesellschaft für Stadterneuerung mbh) als Eigentümerin dieser Fläche hat vor Jahren eine Begutachtung vorgenommen und ist dabei zu folgendem Ergebnis gekommen: Bei positiver Betrachtung können wir maximal vier Wohnungen realisieren. Allerdings besteht bei zweien das Risiko fehlenden Tageslichts. Das Planungsreferat spricht jetzt von sieben Wohnungen, so Frau Klar in einer Veranstaltung am Montag. Das wundert mich noch mehr. Welche sieben Wohnungen sollen das sein? Sind das Smart-Wohnungen oder Ein-Zimmer-Appartements? Oder waren die Architekten bei der MGS fachlich bei ihrer Prüfung doch nicht so im Thema, weil sie zu einem anderen Ergebnis kommen. Aber auch wenn es sieben Wohnungen sind ... Liebe Leute, Wohnungspolitik ist eines der wichtigsten Themen im Münchner Stadtrat! Trotz Opposition haben wir bei jedem kreativen Konzept und Lösungsansatz immer konstruktiv mitgewirkt, weil der Problemdruck bei Wohnungen in München so ist, wie er ist. Bei dieser Fläche, ich bitte Sie! Selbst bei einer ausgesprochen positiven, aber unrealistischen Begutachtung kommt man auf sieben Wohnungen. Ist das wirklich ein Mehrwert für die Wohnungspolitik? Oder wird die Wohnungspolitik genommen, um ideologische Ergebnisse im Stadtrat zu erzielen? Wir werden hier für dumm verkauft - und das regt mich am meisten auf!

Wir reden davon, wie wichtig es ist, Quartiere zu beleben. Wir nehmen sehr viel Geld in die Hand, um lebendige Quartiere und eine soziale Infrastruktur zu schaffen. In diesem Stadtteil gibt es einen Standort, bei dem es nicht nur klassisch um Druckereigewerbe geht. Lassen wir doch die Frage beiseite, ob man mit den Menschen dort auch politisch einer Meinung sein muss. Darum geht es gar nicht. Wenn ich das als Stadträtin immer zur Prämisse machen und meine Beschlüsse danach fassen würde, würde zum Schluss nicht viel herauskommen. Das kann doch nicht die Voraussetzung sein. Wir haben dort nicht nur eine klassische gewerbliche Druckerei, das ist ein Denkfehler.

Sie ist Begegnungsstätte, bietet Kommunikation und Kultur für den Stadtteil und hat sich seit 40 Jahren als wichtige soziale Struktur etabliert. Warum wird sie jetzt platt gemacht? Einen Mehrwert für den Wohnungsbau gibt es nicht. Machen wir uns nichts vor! Egal, von welcher Seite wir uns diese Fläche anschauen, - schauen Sie sich das Bild des städtischen Geodaten-Service an - die Fläche ist für Wohnungen nicht geeignet.

Wohnen könnte nur realisiert werden, wenn die Stadt das Grundstück an die anliegenden Nachbarn verkauft und diese anbauen. Es würden Eigentumswohnungen werden, das ist aber kein Vorteil für den bezahlbaren Mietmarkt. Warum tun wir uns das Thema ohne Not an? - (Beifall von Die Grünen und von DIE LINKE.)

Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadtgesellschaft profitieren davon nicht. Die Mehrheit in diesem Stadtrat will, dass es trotzdem platt gemacht wird. In die Richtung der CSU sage ich gar nichts. Mit ihrer ideologischen Brille ist nachvollziehbar, dass für diesen Standort keine Leidenschaft existiert. Sie sind deswegen nicht meine Ansprechpartner. Ich schaue lieber in die SPD-Fraktion. Liebe SPD-Fraktion, warum tut Ihr Euch das an? Ich verstehe es nicht. Die Einrichtung mit dem Archiv der Arbeiterbewegung, mit der August-Kühn-Arbeiterliteratur mit dem August-Kühn-Verein ... Ihr habt auch aktive ver.di-Mitglieder in Eurer Fraktion und ver.di fordert Euch auf, die Entscheidung zu überdenken. Im Traum wäre mir nie eingefallen, dass ich als grüne Politikerin hier stehe und gegenüber der SPD die Arbeiterhistorie verteidige. - (Beifall von Die Grünen und DIE LINKE.) - Es ist keine Glanzstunde, liebe SPD-Kolleginnen und -Kollegen!

Uns ist es ein wichtiges Anliegen, diese Einrichtung zu erhalten. Sie ist eine wichtige soziale Institution. Bei der Veranstaltung hätte ich mir nicht nur die Anwesenheit des armen Kollegen Mayer gewünscht, sondern einiger anderer Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion. Es waren nicht nur die linken Sektierer da. - (Zwischenruf StR Altmann: Na ja!) - Ich war dort. Es waren nicht nur die linken Sektierer anwesend, das wäre eine leichtere Begründung.

Es kamen viele Menschen aus der Nachbarschaft, die sich für den Erhalt der gelungenen Struktur im Stadtteil einsetzen. Liebe SPD-Kolleginnen und -Kollegen, geht in Euch und versucht, es heute zu einem guten Ergebnis zu bringen. Diese Fläche wird uns wohnungspolitisch nicht nutzen. Ich bitte, die Wohnungspolitik nicht als Argument zu verwenden, um unliebsame Projekte platt zu machen. Mit unserem gemeinsamen Änderungsantrag mit der Linken appellieren wir an Euch, heute gemeinsam eine Mehrheit zu finden, um mit den Mieterinnen und Mietern über Erbbaupacht oder

über einen Verkauf über die „Hiobs-Stiftung“ eine nachhaltige Lösung zu finden. Der Wohnungsbau ist ein vorgeschobenes Argument. - (Beifall von Die Grünen und DIE LINKE.)

BM Schmid:

Ich sage zum Publikum - vorher war es sehr höflich formuliert: Sie können zuhören und zuschauen, die Meinungsbildung im Saal können Sie nicht mit Beifall oder Missfallensäußerungen beeinflussen. Ich bitte Sie, diese Regel einzuhalten.

StR Lischka:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einige ideologische Klarstellungen von mir, der für sich in Anspruch nehmen kann, aktuell gewählter Arbeiterführer in München, zumindest bei der IG Metall, zu sein. - (Beifall von der SPD) - Ich gehe auch darauf ein, wo Arbeitergeschichte entstanden ist und wo sie aktuell lebt. Die Geschichte von abhängig beschäftigten Menschen wird immer dort geschrieben, wo sie sich im Kampf gegen das Kapital befinden. Das ist im Betrieb. Dort gibt es auch heute eine gelebte Geschichte von Menschen, die sich organisieren. Gewerkschaftsmitglieder engagieren sich in betrieblichen Interessenvertretungen bei ver.di, der IG Metall oder der GEW, um ihre Arbeits- und Lebenssituation zu verbessern.

Es gibt ein Archiv der Münchner Arbeiterbewegung, das die Gewerkschaften tragen. Es ist nicht in der Tulbeckstraße, sondern an einem anderen Ort, über den wir heute nicht befinden. Momentan findet eine vorgeschobene Debatte statt, weil sich die organisierten Kolleginnen und Kollegen im Gewerkschaftshaus treffen. Das Haus war früher in der Pestalozzistraße, später in der Landwehrstraße und aktuell in der Schwanthalerstraße. Gewerkschaften sowie Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer sind immer in der Lage, an neuen und anderen Orten ihre Geschichte zu definieren und neu zu schreiben.

Jetzt zum Haus an der Tulbeckstraße: Die Ängste wegen der Gentrifizierung kann ich nachvollziehen, sie müssen ernst genommen werden. Auch eine funktionierende Druckerei muss an einem anderen Ort die Möglichkeit haben, wieder zu drucken. Ich verstehe aber nicht, dass heute ein Fanal aufgebaut wird, die gesamte Arbeiterbewegung in München werde zusammenbrechen, wenn das Haus mit der roten Fahne an der Tulbeckstraße nicht mehr existiert. - (Beifall von SPD und CSU) - Das ist an den Haaren herbeigezogen und erinnert mich an die vorherige Diskussion: Wer für Microsoft ist, ist für Trump; wer gegen die Tulbeckstraße ist, ist gegen die Arbeitnehmerschaft in München. Das ist ein riesengroßer Blödsinn. Das wissen auch die Grünen. - (Allgemeiner Beifall)

Mit unserem Änderungsantrag bewegen wir uns in Richtung Gewerbehof. Man muss es aber auch wollen. Kollegin Rieke wird es noch darstellen. Es wird ein Fanal aufgebaut, als ob die Arbeiterbewegung in München heute für den Wohnungsbau geopfert werden müsste. Danke schön. - (Beifall - Zwischenruf StRin Demirel: Warum braucht Ihr die Fläche?)

BM Schmid:

Frau Kollegin Demirel, ich bitte Sie um etwas Mäßigung. Sie können sich auch wieder melden. - (Anhaltende Unruhe)

StRin Wolf:

Lieber Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich beginne, wollte ich Klärungsprozesse im Publikum abwarten. Kollege Lischka meinte, die Arbeiterbewegung finde einerseits in den Betrieben statt. Damit hat er sicherlich recht. Ansonsten gebe es noch das Gewerkschaftshaus mit einem Alleinvertretungsanspruch. Herr Kollege Lischka, ich erinnere an die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit verschiedensten linken Bewegungen. Es ist noch nicht so lange her. - (Zwischenruf StR Pretzl: Ihre Partei hat die Einheitsgewerkschaftspartei in der DDR gegründet!) - Ich bin jetzt nicht in der DDR, sondern in München.

Es gab viele Jahrzehnte, in denen das Gewerkschaftshaus nicht mitgenutzt werden konnte. Heute ist das möglicherweise anders. Es gibt aber weiterhin unterschiedliche Interpretationen zum Ernst der Lage und zu den Maßnahmen. Das ist vollkommen legitim und in der politischen Kultur und in der Arbeitnehmerkultur erhaltenswert. Der eigentliche Skandal ist, wenn Sie, Herr Lischka, als Vertreter einer großen Gewerkschaft mit der DGB-Vorsitzenden an der Seite sagen, das bräuchte es nicht mehr. - (Beifall von Die Grünen und DIE LINKE.)

Kollege Schmidbauer, der mittlerweile die Partei gewechselt hat, und Kollege Brannekämper, der in den Landtag gewechselt ist, haben 2011 aus antikommunistischer Motivation mit einem Antrag den Verkauf des Geländes an die Nutzer verhindert. - (Zwischenruf StR Pretzl: Jawoll! - StR Altmann: Super!) - Es gab unterschiftsreife Verträge, allein dieser Antrag hat den Verkaufsprozess gestoppt. Es ist nicht an den Stadtrat gegangen, es waren interne Machenschaften. Das Grundstück wurde 2011 nicht verkauft. Es wurde gesagt, es sei ein günstiges Gelände, das mit Gewinn weiterverkauft werden könne. Das ist Quatsch! Die Stadt München bekommt solche Themen mit Rückfallklauseln, die in diese Verträge geschrieben werden könnten, locker in den Griff.

Die MGS hat 2013 geprüft, was mit diesem Gelände passieren könne. Eine GWG-Lösung ist aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt worden. Es gibt eine Kostenkalkulation in einer Größenordnung, die ich hier leider am Pult kaum entziffern kann. Selbst bei einem Verkauf für frei finanzierte Wohnungen wurde 2013 ein Verlust errechnet. Sie rechnen mit sieben Wohnungen auf einer Fläche von 387 m² - das kann eigentlich nicht aufgehen. Ein Verkauf würde die Stadt 580.000 € kosten.

Heute dagegen könnte es für den Stadtsäckel positiv verkauft werden, weil sich die Preise in eine andere Richtung entwickelt haben. Das passiert nicht, weil sich die SPD nicht traut. Ich erinnere an die Beschlussvorlage 2015, nach der das Anwesen ohne Auflage gegen Höchstgebot verkauft werden sollte. Damals gab es einen Änderungsantrag der SPD, der mehrheitlich getragen wurde. Das Sozialreferat sollte zuerst eine soziale Nutzung prüfen, erst danach sollte es an Baugenossenschaften für den Mietwohnungsbau verkauft werden.

Als Mitglied einer Wohnungsbaugenossenschaft sage ich Ihnen, das Objekt würde keine Genossenschaft mit Vernunft kaufen, weil es zu teuer wäre. Hier kann kein preisgünstiger Wohnungsbau entstehen, sondern nur ein Liebhaber-Loft.

Neben der Druckerei „Das freie Buch“ gibt es noch eine weitere Druckerei, die Druckwerk GmbH. Beide hören sich gegenseitig, wenn sie drucken. Räumen Sie eine Druckerei weg, um Wohnungen zu bauen, gibt es dort ein großes Lärmproblem. Entweder Sie geben viel Geld für den Lärmschutz aus, oder die andere Druckerei ist auch in ihrem Bestand gefährdet. Es ist einer der letzten Betriebe, der im Westend noch aktiv ist. Alle anderen Gewerbenutzungen sind bei der Sanierung verschwunden.

Im Dezember 2016 hätte es die Gelegenheit gegeben, das Objekt an das Kommunalreferat zurückzugeben. Das wurde von SPD und CSU hintertrieben; sie wollen das Gebäude der armen GWG zur Bebauung übertragen.

Arme GWG! Sie hat den Auftrag, zusammen mit der GEWOFAG 1.000 Wohnungen im Jahr zu bauen. Sie sollten sich nicht mit einem Objekt beschäftigen, das sehr viele Ressourcen kosten wird und kaum etwas zu dem Problem Wohnungsmangel beitragen kann.

Sie wollten es aus der politischen Debatte haben und auf bürokratischem Weg mit nichtöffentlichen Vorgängen wegräumen. Mit unseren Anträgen haben wir mit den Grünen erreicht, dass dieses

Thema politisch diskutiert wird. Den Ausführungen meiner Kollegin Gülseren Demirel kann ich mich in weiten Teilen anschließen. Aus den Reihen der SPD finde ich es schäbig, wie mit diesem Objekt und mit der langen Tradition seit 1976 umgegangen wird. Natürlich wurden Sie geärgert, das ist klar. Die Mehrheiten im Stadtrat dafür zu nutzen, um es beiseite zu räumen, sollte nicht in die Tradition der Münchner SPD aufgenommen werden. - (Zwischenruf StR Altmann: Kommunisten haben keine Mehrheit!)

Werfen Sie bitte noch einen Blick auf die städtebauliche Lage. Das Sozialreferat hat das Objekt für eine soziale Nutzung geprüft. Das Haus eignet sich nicht für einen Kindergarten, aber für soziokulturelle und soziopolitische Nutzungen. 2.000 Unterschriften und die Nachbarschaft bestätigen, dass sie sich trotz der schwierigen Lage von dem Gewerbebetrieb nicht gestört fühlen. Sorgen wir dafür, dass er erhalten bleibt.

Zum SPD-Ergänzungsantrag: Es ist nur ein Feigenblatt. Im Gewerbehof Westend sind keine Flächen frei. Es gibt eine lange Liste von Betrieben, die schon warten. Mit welcher Argumentation Sie diese verschieben, ist mir nicht klar. Die anderen kulturellen Nutzungen wie das Archiv und der August-Kühn-Verein würden nicht in einen Gewerbehof passen. Man tut so, als hätte man doch ein Herz für die aktuellen Nutzerinnen und Nutzer. Es ist aber keine Verbesserung. Den Änderungsantrag werden wir nicht unterstützen. - (Beifall von Die Grünen und DIE LINKE.)

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz -

StRin Rieke:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich will versuchen, abseits von linker, mittlerer oder anderer Literatur zu argumentieren. Frau Wolf hat den Ablauf der letzten sechs bis sieben Jahre dargestellt. Sie hat aber vergessen, zu sagen, warum überlegt wurde, was mit dem Grundstück passieren soll. Das hat mit Sanierung und Brandschutz zu tun. - (Zwischenruf StR Altmann: Das hat sie absichtlich vergessen!) - Nein, das wollen wir nicht unterstellen. Sie hat es einfach vergessen.

Wenn damals Wohnungsbau als hoch unwirtschaftlich dargestellt wurde, galt das auch für die Nutzung als Gewerbe. In diesem engen Bereich sind Baumaßnahmen problematisch.

Frau Stöhr hat gesagt, Treffpunkte, die das Westend lebendig machen, brauchen wir. Das ist auch nachvollziehbar. Gibt es eine Einrichtung, die so standortgebunden ist wie der Verlag und die

Druckerei? Wir kennen das von keiner Einrichtung. Das Rathaus beispielsweise könnte nicht woanders hin verlagert werden. Das sehe ich ein. Ich verstehe, der kleine Verlag und die kleine Druckerei wollen im Westend und der Schwanthalerhöhe bleiben, weil sie einen Bezug dazu haben. Es hat Angebote für andere Gewerbehöfe gegeben, die allerdings nicht in der Nähe waren. Wir schlagen vor, die Gewerbehof GmbH zu bitten, der Mieterin des Anwesens Tulbeckstraße 4 f entsprechende Angebote zu machen, um den Gewerbebetrieb weiter führen zu können. Aber der Betrieb muss sich bei der Gewerbehof GmbH bewerben, sonst geht nichts.

Worüber haben wir im Dezember 2016 entschieden? Über das Gleiche wie schon 2015. Die Prüfung zum sozialen Bedarf war abgeschlossen, deswegen sollen Wohnungen errichtet werden. Dies gilt seit eineinhalb Jahren. Im Dezember 2016 war die Kündigung, die zum 31.12. terminiert war, ausgelaufen. Die Kündigung ist nicht angefochten worden. Man hat sich allein auf den politischen Druck verlassen. So funktioniert das nicht. Es ist ein städtisches Grundstück, das für sieben Wohnungen vorgesehen ist. - (Zwischenrufe) - Diese Ziele müssen auch verfolgt werden. Jetzt sind wir weit über die Kündigungsfrist hinaus, auch die Nachfrist ist verstrichen. Wir fordern den Mieter der Tulbeckstraße 4 f auf, sich beim Gewerbehof zu melden. - (Beifall der SPD)

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es war eine interessante Debatte über den Kampf gegen eine unliebsame politische Institution. Es wurde so getan, als ob nur der Verlag, der Verein und die Druckerei gerettet werden sollten. Wir müssen bei den Grundlagen anfangen. Frau Kollegin Rieke hat darauf hingewiesen. Es gibt einen Mietvertrag, der gekündigt worden ist. Wir als Stadt München wollen an dieser Stelle dringend benötigten Wohnraum schaffen.

Liebe Grüne, ich finde es absurd, Ihr wollt auf sieben Wohnungen verzichten. Wenn unsere Wohnungsbaugesellschaften sagen, sie könnten dort sieben Wohnungen bauen, vertraue ich darauf.
- (Beifall der CSU)

Wir haben in der Vollversammlung schon über andere Nutzungen geredet, die kurzfristig dem Wohnungsbau weichen mussten. Kindergärten oder Institutionen der Altenhilfe mussten auf unseren Wunsch zurücktreten, weil uns der Wohnungsbau wichtiger war. Den Aufschrei der Grünen habe ich dabei sehr vermisst.

- BM Schmid übernimmt den Vorsitz -

Jetzt kommen wir dazu, warum der Popanz und das Verhalten des Mieters hier aufgezogen wurde. Dem Mieter haben wir angeboten, ein Jahr länger zu bleiben. Er hat es abgelehnt. In der Debatte ist das noch nicht erwähnt worden. Wenn es um die Weiterführung des Verlags mit einer Perspektive im Gewerbehof geht, würde ich einer Mietvertragsverlängerung zustimmen, um mich wirtschaftlich darauf vorzubereiten. Aber es geht nur um die Politik. Man hat gedacht, mit dieser Historie im Hintergrund traut sich keiner an uns heran. Diese Historie möchte ich näher betrachten.

Auf der Homepage ist keine Trennung zwischen Verlag und Druckerei zu finden. Es ist die gleiche Homepage, die gleiche Adresse und die gleiche E-Mail-Adresse. Offensichtlich gehören die beiden Institutionen zusammen. So weit, so gut, oder auch nicht. Der Verlag definiert sich selbst als eine der letzten Druckereien in Händen der demokratischen Arbeiterbewegung.

Dieser Verlag und diese Druckerei legen grundlegende Schriften des Marxismus und Leninismus auf. Es erscheinen Broschüren für den antifaschistischen und antimilitaristischen Kampf und auch sämtliche Publikationen zu dem Arbeiterverband und den Wiederaufbau der KPD. Der Verlag richtet auch sämtliche Veranstaltungen für diesen Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD aus. Ein Blick in das Verlagsprogramm zeigt tolle Publikationen wie

„Gegen den Notstand der Republik. Mit dem Notstand der Republik ist der unvergleichbare Staatsumbau gemeint, der sich seit der Einverleibung der DDR in diesem Land vollzieht. Weltwirtschaftskrise. Der Imperialismus am Vorabend der proletarischen Revolution, Dokumente der Plenartagung des Zentralkomitees des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD.“

Diese Liste ließe sich wunderbar fortsetzen. Im Verfassungsschutzbericht über diese Personen steht:

„Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD...“

Dafür organisiert der Verlag sämtliche Veranstaltungen und legt die Schriften auf.

„Der aus den Arbeiter-Basisgruppen in München hervorgegangene AB ist eine revolutionär marxistische Organisation, die die Gründung einer revolutionären Partei in der Tradition der verbotenen KPD anstrebt.“

Hört, hört!

„Sie beruft sich auf den Marxismus, Leninismus und auf die Ideen von Stalin und Mao Zedong.“

Das wollen wir hier im Rathaus nicht unterstützen.

„Ziel des Arbeiterbundes ist die Beseitigung der herrschenden Ausbeuterklasse und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats. Über die Informationsveranstaltungen und Kundgebungen in unmittelbarer Nähe zur Industrie wird versucht, in der Organisation eine Verbindung zur Arbeiterschaft herzustellen.“

Ich beziehe mich auf den Kollegen Stadtrat Lischka. Die Arbeiterschaft gibt es gar nicht mehr, denn die Münchner Arbeiter werden durch andere Gewerkschaften sehr wirkungsvoll vertreten.

„Am 1. Mai wird zum Klassenkampf und zur Errichtung eines neuen proletarischen Staates aufgerufen. Außerhalb von Bayern gibt es die Gruppen noch in Frankfurt am Main und in Köln.“

Es ist eine bundesweit herausragende Organisation. Ich komme nun zu den Einführungen der BA-Vorsitzenden. Liebe Frau Stöhr, es geht nicht darum, ob wir eine linke Organisation in dieser Stadt haben wollen oder nicht. Wir als CSU haben kein Interesse, für Verfassungsfeinde Räume in dieser Stadt bereitzustellen. - (Beifall von Seiten der CSU) - Ich hätte die Debatte im Rathaus nicht erleben wollen, wenn eine Gruppierung rechts der Mitte, die im Verfassungsschutz erwähnt wird, solche Räume gehabt hätte. Da wären wir sehr schnell dabei gewesen. Wir drehen die Hand zwischen rechts und links nicht um. Aber wir machen auch auf der linken Seite definitiv keine Ausnahme. Wir sagen klar: Um diese Institution ist es nicht schade, wir brauchen keine Kommunisten in dieser Stadt. - (Beifall von der rechten Seite)

StR Schmidbauer:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich brauche zur politischen Bewertung des Kollegen Pretzl nichts mehr hinzufügen. Allerdings möchte ich die Entstehungsgeschichte des Westends einmal darstellen. Frau Demirel, Sie sollten zuhören, mit ihren Halbwahrheiten kommen Sie nicht weiter. Im 5. Stadtbezirk Au - Haidhausen hat die MGS das Programm „Räumung der Hinterhöfe von lärmenden Gewerbe - Wohnungsbau einrichten“ aufgelegt. Frau Wolf wohnt auch

in Haidhausen. Sie liebt ihr Haidhausen. Dort gibt es in den Hinterhöfen sehr kleinteilige Wohnungen, weil der Raum knapp ist. Frau Demirel, sehr viele Ihrer Parteifreunde leben ebenfalls in diesen Hinterhäusern in Haidhausen. So viel zum Argument der kleinen Wohnung.

Der nächste Punkte ist: Die MGS hat sich anschließend auf den Weg gemacht, um dieses Programm auch im Westend umzusetzen. Das heißt, es ging nicht um die Druckerei und die ideologischen Gespräche, die Sie permanent aufgeführt haben, sondern um das Freiräumen der Hinterhöfe von lärmenden Betrieben. Die Stadt München hat dafür viele Millionen ausgegeben und die Gewerbehöfe gegründet. Der Verlag hätte keine Warteliste abwarten müssen, wenn er sich nicht so stur gestellt hätte. Bei der Eröffnung der Gewerbehöfe wurden selbstverständlich die Firmen, die in den Hinterhöfen ansässig waren, bevorzugt genommen. Wir wollten genau diese Firmen dort heraus haben. Es geht nicht um die Art der Veranstaltungen, die dort jetzt stattfinden.

Ein weiterer Punkt ist: Es gibt rechtlich gesehen einen Gewerbemietvertrag, der nichts mit Veranstaltungen zu tun hat. Die MGS hat viel Geld ausgegeben, um wenige 100 m vom Standort Tulbeckstraße entfernt, ein Bürgerzentrum einzurichten. Sie hat wahnsinnig viel Geld ausgegeben, damit die Bürger sich treffen und Versammlungen abhalten können. Das gibt es alles, das wurde alles mit geplant. Bitte kommen Sie mir nicht mit dem Argument, es gebe hierfür wenig Räumlichkeiten im Westend und die MGS sei die Böse gewesen.

Ein zusätzlicher Punkt ist: Die Lärmbelästigung. Sie sagen, eine Druckerei fühle sich nicht belästigt, wenn daneben eine Druckerei sei. Das ist kein gutes Argument. Es geht darum, hohe Lärmemissionen in Wohngebieten - im Vorderhaus wohnen Leute - zu reduzieren. Die Lärmbelästigung entsteht nicht nur durch die Druckvorgänge, sondern auch durch die Anlieferung und den Abtransport von Materialien und Druckereiprodukten. Auf dem Bild sehen Sie die Autos im Hinterhof. All dies ist gemacht worden.

Jetzt komme ich zu einem ganz bedeutenden Punkt. Es gibt in der nichtöffentlichen Vorlage, die ich nicht zitieren darf, noch weitere Gründe für den Ausspruch der Kündigung. Diese muss man natürlich auch sehen. Das werden wir vielleicht im nichtöffentlichen Teil besprechen. - (Zwischenruf) - Herr Dr. Mattar, seien Sie mir nicht böse, ich darf es hier nicht sagen! Ich werde es natürlich noch sagen, da es einmal gesagt werden muss.

Es wird ein Szenario aufgebaut, das die Parteien, die nicht Ihrer Meinung sind, verteufelt. Die Stadt sei schlimm, alles sei schlimm, nur die dort Wohnenden seien die Allheilsbringer, wie es Kollege

Pretzl gerade gesagt hat. Sie reden davon, keine ideologische Debatte zu führen. Frau Wolf und Frau Demirel, Sie haben ideologische Debatten geführt. Bitte, seien Sie mir nicht böse! Halten Sie uns alle für blöd? Die Kündigung eines normalen gewerblichen Mietvertrages ist nicht ideologisch geprägt. Es gibt Kündigungsfristen und der Mieter muss ausziehen. Wenn er nicht auszieht, kommt eine Räumungsklage. Das ist ganz normal, zumal die Punkte aus der nichtöffentlichen Vorlage ebenfalls zum Tragen kommen.

Liebe Kollegin Wolf, ich muss Ihnen noch einmal sagen, Sie müssen mir eine Frage beantworten. Ich zitiere Ihre Aussage aus der Veranstaltung: „*Urheber dieses ganzen Debakels waren zwei rechts außen Stadträte der CSU.*“ Was meinen Sie mit rechts außen? Betiteln Sie mich als Rechtsextremist oder was meinen Sie damit? Das müssen Sie mir sagen! Sie werfen mir vor, ich hätte Geheimnisse aus der MGS Aufsichtsratssitzung von mir gegeben. Das sind alles Lügen, die Sie hier verbreiten. - (Beifall)

Als ich mich mit Kollegen Brannekämpfer zu diesem Antrag entschieden habe, wurde bereits lange in der Öffentlichkeit diskutiert, dass diese Räumung kommen muss, weil sie alles andere, was man ihnen angeboten hat, abgelehnt haben. Sie wollen einfach nicht. Jetzt haben wir die gleiche Situation. Sie lehnen einen Vertrag bis Ende 2017 ab. Sie lehnen ihn ab. Sie wollen bleiben. Es ist alles so wichtig und wahnsinnig tragisch. Liebe Freunde, heute will jeder nur noch auf sich schauen und an einer billigen Miete festhalten. Wie will die Druckerei die Brandschutzmaßnahmen finanzieren? Sie wird wahrscheinlich ganz große Probleme bekommen. Aber das macht nichts. Wir bringen den anderen Punkt in der nichtöffentlichen Sitzung. Danke. - (Beifall)

StRin Wolf:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Der CSU-Stadtratsfraktionsvorsitzender Pretzl hat es ganz eindeutig gesagt. Diese Hälfte im Stadtrat braucht und will keine Kommunisten in der Stadt - (Zwischenrufe) - und greift sozusagen zu undemokratischen - (Beifall) - sowie hinterhältigen Mitteln, um das zu erreichen. Man muss die politischen Ziele des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD mitnichten teilen. Dazu ist niemand gezwungen. Über die Einschätzung zur historischen Entwicklung könnte man lange reden. Ich denke jedoch, das interessiert hier keinen. Ich teile sie auch nicht in allen Punkten.

Die Frage ist: Muss der Stadtrat das wegräumen? Dies verneine ich tatsächlich. Meiner Ansicht nach muss oder soll es das in einem bunten München auch geben. - (Zwischenruf) - Bei vielen Dingen z. B. Demonstrationen gegen Rechts sind es verlässliche Mitakteure, die tatsächlich...

- (Zwischenrufe) - Herr Altmann, es ist mir egal, wenn Sie das nicht hören wollen. Gehen Sie derweil zum Kaffeetrinken. - (Zwischenrufe, Unruhe)

Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD geht gegen viele Themen, zum Beispiel gegen das unserer Ansicht nach verfassungswidrige Integrationsgesetz des Freistaats, vor. In der Vergangenheit hatte er an verschiedenen Stellen durchaus einmal Erfolg, wie wir zusammen ebenfalls. Unserer Ansicht nach darf es so etwas in München geben.

Kollege Schmidbauer, ich wurde mit der Äußerung „rechts außen“ zitiert. Genau so kommen Sie bei mir an. Ich erinnere mich an den Streit, den Sie sich ab und zu mit meinem früheren Stadtratskollegen Orhan Akman geliefert haben sowie an die Argumentationslinie, die Sie vertreten haben. Ich sage nicht, Sie seien ein Rechtsextremist, aber Sie sind bei verschiedenen Punkten - aus meiner Sicht, vielleicht täusche ich mich - nicht in der Mitte der CSU angesiedelt gewesen. Jetzt sind Sie bei der BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion. Man kann daher nicht mehr so genau wissen, wofür Sie eigentlich sind. Aus dieser Richtung - (Zwischenrufe) - kommt vieles. - (Zwischenrufe, Unruhe)

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz -

Sie wollen wieder einmal feststellen, dass ich nicht auf verfassungsmäßigen Boden stehe. Herr Kollege Altmann, man merkt tatsächlich wieder einmal den Polizisten in Ihnen! - (Heiterkeit, Unruhe) - Kolleginnen und Kollegen... - (OB Reiter: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte befassen wir uns jetzt wieder mit der Vorlage und tragen die sonstigen Dinge gerne draußen oder danach aus) - Herr Kollege Reiter, Sie waren bei den wichtigen - (OB Reiter: Doch, ich war da. Ich stand dort hinten. Ich habe Ihnen genau zugehört.) - Ich habe Sie übersehen. - (OB Reiter: Das gilt nicht nur für Sie, sondern auch für alle anderen. Ich muss zwischendurch einmal aufstehen. Wissen Sie, ich bin bereits älter.) - Okay! - (Heiterkeit) - Das ist aber früh. - (OB Reiter: Ja, so ist es. Dieses Amt ermüdet.) - (Heiterkeit, Beifall)

Ich kann es tatsächlich nach der Einlassung des Kollegen Pretzl nicht verstehen, dass die SPD hierbei einfach so bruchlos mitmacht. Ich finde es erneut beschämend und völlig unnützlich. Wir haben alle mehrmals argumentiert, es wird dort kein preisgünstiger Wohnungsbau entstehen können. Die Lage ermöglicht das nicht. Es ist schlichtweg eine vorgeschobene Argumentation.

Frau Kollegin Rieke, selbstverständlich gehen der Verlag und die Druckerei als Mieter gegen die Kündigung vor Gericht vor. Das ist nachvollziehbar. Bei einem Gewerbemietvertrag ist das nicht

leicht. Ein Vorwurf lautete, es wäre eine Verlängerung von einem Jahr möglich gewesen. Kollege Pretzl, haben Sie sich einmal angesehen, was wir beschlossen hatten. Es war die Forderung nach einer Unterwerfungserklärung. - (Zwischenrufe) - Kein vernünftiger Unternehmer würde das jemals unterschreiben, weil er damit überhaupt keine Handlungsoptionen mehr hat, sobald das Jahr vorbei ist. Ihnen das auch noch zum Vorwurf zu machen, finde ich ziemlich perfide. Ich denke, ich lasse es dabei. Danke schön. - (Beifall)

StR Bickelbacher:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, nachdem der Beitrag der Bezirksausschussvorsitzenden bereits etwas länger zurückliegt, dass es einen einstimmigen Bezirksausschussbeschluss, auch mit den Stimmen der CSU und jenseits aller ideologischen Grenzen, gibt. - (Zwischenruf) - Das muss noch einmal gesagt werden. Üben Sie sich in Toleranz, wie das vor Ort möglich ist. Es scheint dort eine Stadtgesellschaft zu sein, wie ich sie mir wünsche, und in der diese Toleranz möglich ist. - (Beifall)

Mein Thema, zu dem ich mich noch einmal gemeldet habe, ist die Stadtentwicklung, die Herr Schmidbauer angesprochen hat. Ich denke, wir haben an dieser Stelle etwas, das wir begrüßen: Etwas Gewachsenes, eine Mischung von Gewerbe, Wohnen und Kultur, wie wir es neu leider nie bauen können. Etwas, das wir nie mehr so erreichen können. Das gibt es dort, das ist dort gewachsen. Wir wollen es nun einfach weg haben. Das finde ich falsch. Wir sollten das bewahren, was wir an dieser Stelle haben. - (Beifall)

Des Weiteren kann ich Herrn Schmid nicht verstehen, der an jeder Stelle der Stadt dringend nach Gewerbeflächen sucht. Hier hätten wir eine Gewerbefläche und geben sie unnötigerweise auf. Das ist eigentlich auch inkonsistent. - (Beifall) - Das war mein Beitrag. Wir sollten das Gewachsene bewahren.

Es gibt keine Nachbarschaftskonflikte. Wir haben ein Gewerbe, das von den Anwohnern akzeptiert und mitgetragen wird und für dessen Erhalt vor Ort viele Unterschriften gesammelt wurden. Das sollte uns freuen. An anderen Stellen, an denen Gewerbeflächen entstehen, gibt es sofort Nachbarn, die dagegen klagen oder vorgehen. Hier haben wir eine Stelle, an der das funktioniert, daher sollten wir das bewahren. Deshalb kam wahrscheinlich ein einstimmiger Beschluss des Bezirksausschusses zustande. Ich danke Ihnen. - (Beifall)

StR Podiuk:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Zunächst muss ich auf das zurückzukommen, um was es geht. Wir haben viele feine Debatten zu den Programmen Wohnen in München IV, Wohnen in München V und Wohnen in München VI geführt. Wir haben eine immer größere Anzahl an Wohnungen beschlossen. Jetzt kommt es im Vollzug tatsächlich so, dass der Beschluss des Bezirksausschusses einstimmig ist, die Bürgerversammlung sich jedoch dagegen ausspricht. Ich beziehe mich nicht nur auf die Schwanthalerhöhe.

Ich habe noch eine ganze Reihe an Beispielen. Ich denke zum Beispiel an die Unnützwiese in Trudering. Dort hat sich die Bürgerversammlung und der gesamte Bezirksausschuss dagegen gewendet. Bei der Angelegenheit am Frankfurter Ring haben wir zweifellos ebenfalls keine große Freude vor Ort ausgelöst. Es ist eine Belastung für die Bevölkerung. Darüber müssen wir reden. Diese Planungen stellen eine Belastung für die Bevölkerung dar, aber wir können nicht anders.

Wenn wir für einen Bereich sagen, hier gilt es nicht, sage ich ganz offen: Ich kann vor Ort nicht mehr erklären, warum für andere Bereiche Belastungen sehr wohl gelten. Wir müssten stattdessen sagen, - (Beifall) - überall, wo die Örtlichen sagen, das verschlechtert unsere Lebensqualität, - (Zwischenrufe) - lassen wir es bleiben. Freunde, lassen wir es einfach bleiben! - (Zwischenrufe) - Herr Bickelbacher, lassen wir es bleiben, weil die jeweils Örtlichen sagen, das braucht es bei uns nicht. Objektiv betrachtet ist es natürlich schlechter. - (Heiterkeit) - Ich weiß nicht, ob Sie die Lage an der Unnützwiese kennen. Es ist eine Belastung. Vor 90 Jahren bereits ist diese Wiese abgetreten worden, damit der Stadtteil nicht so dicht bebaut wird. Nach 90 Jahren bebauen wir ihn jetzt. Wie gesagt, Sie können auch sagen, wenn die Örtlichen eine Bebauung ablehnen, weil es eine Belastung ist, lassen wir es bleiben.

Der Nutzen dieser Fläche für den Stadtteil könnte so groß sein, vergleichbar mit einem Bürgerhaus, dass man sagt, wir müssen hier abweichen. Ich habe mir das einmal angesehen. Irgendwo steht, vielleicht in den Pressemeldungen, ich finde es nicht mehr, der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD wird dort untergebracht. Daraufhin habe ich mir gedacht, ich muss das Programm lesen, vielleicht finde ich etwas, das dem Stadtteil nützt.

Das Programm ist für Arbeiter und werktätige Bauern - nicht normale Bauern, sondern werktätige Bauern -, die es im Stadtteil wahrscheinlich nicht mehr sehr zahlreich gibt. Es ist vor Ort demnach nicht mehr so interessant. Die Organisation sagt: Der Zweck sei die Unterordnung des Einzelnen unter die Organisation, die Unterordnung der unteren Ebenen unter die Höheren - (Heiterkeit) -

und die Unterordnung der gesamten Organisation unter das Zentralkomitee. Man kann sagen, vielleicht ist das nicht - (Heiterkeit, Zwischenrufe) - sehr durchschlagend.

Ich habe mir gedacht, was ist für den Wohnbezirk wichtig. Wie es sich für ein gutes Programm gehört, findest Du natürlich auch etwas dazu. Die Wohnbezirke haben u. a. Hausorganisationen und einen Zellenleiter zu bestellen. Das ist mir irgendwie bekannt vorgekommen, bei einer anderen Partei heißt das „Blockwart“. - (Heiterkeit, Beifall) - Hier heißt es Zellenleiter. Okay, habe ich gesagt, das wäre eher etwas für die Schwanthalerhöhe. Sie haben einen praktischen, nicht nur einen theoretischen Nutzen. - (Zwischenrufe, Unruhe)

Weiter müssen die Grundorganisationen das große Banner des Marxismus/Leninismus hoch halten. Das haben Sie getan, es ist wahrscheinlich die rote Fahne. Es steht ebenfalls geschrieben, die DKP hat mit der KPD etwas Schwierigkeiten. Das weiß ich, die sprechen noch von Sowjet-Revisio-nisten. Ihr seid eher wieder für Moskau, sie sind noch dagegen. Vielleicht ändert sich das noch ein-mal, das kann alles sein. Es ist noch folgende liberale Anwendung enthalten: Dem Mitglied ist es erlaubt, seine Meinung beizubehalten, wenn die Organisationen etwas anderes beschließen. - (Heiterkeit) - Verstehen Sie, das ist eine liberale Anwendung.

Wir sollten es einfach bleiben lassen, wenn mit welchen Argumenten auch immer festgestellt wird, an dieser und jener Stelle geht Wohnungsbau nicht. Wenn sich der Stadtrat nach den Empfehlun-gen von Bürgerversammlungen richtet, die sagen „bei uns nicht“, brauchen wir eigentlich keinen Stadtrat mehr, der das Gesamtinteresse verfolgt, sondern die jeweiligen Bürgerversammlungen sollten das entscheiden. Ich denke jedoch nicht, dass das der Weg ist, den wir gehen sollten.

Noch ein Hinweis zum SPD-Antrag: Mir würde der SPD-Antrag zwei oder drei Fälle auf meinem Schreibtisch abnehmen. Ich habe ein paar Gewerbebetriebe, die wahrscheinlich nie die erforderli-che Punktezahl erreichen werden, sondern durch alle Raster der Stadt München fallen werden. Gäbe es Möglichkeiten für den Stadtrat zu sagen, die Punktezahl interessiert uns nicht, wir ma-chen das jetzt anders, stünden viele Möglichkeiten offen. Ich denke, das können wir als Stadtrat nicht beschließen. - (Beifall)

BM Schmid:

Herr Podiuk hat das teilweise sehr lustig dargestellt, weil wir wahrscheinlich heute den Kopf dar-über schütteln. Ich selbst finde es nicht lustig. Ich melde mich als Aufsichtsratsvorsitzender der Ge-werbehofgesellschaft und als Betreuungsreferent zu Wort und habe hinsichtlich des SPD-Antrages

ein paar Fragen. Verstehe ich es richtig, die Münchner Gewerbehof GmbH wird gebeten, der Geschäftsführung der Mieterin des Anwesens Tulbeckstraße möglichst rasch Flächen anzubieten? Das ist der Verlag „Das freie Buch“, der die Schriften für die Arbeiterbewegung zur Wiederrichtung der KPD herausgibt.

Dieser Verlag ist ein Unternehmen, das eine Organisation unterstützt, die auf die Wiederrichtung einer verfassungsfeindlichen Partei abzielt. Eine Organisation, die im Verfassungsschutzbericht genannt und beobachtet wird und laut Verfassungsschutzbericht die Errichtung einer Diktatur des Proletariats... - (Zwischenruf) - Nein, Herr Reiter, das steht dort! Ich kann es Ihnen zeigen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich finde das nicht drollig. Ich teile das Argument, es sei kein Vergleich mit der Gefahr von Rechtsradikalen, Rechtsextremen oder Neonazis, nicht. Wir müssen auf alle Seiten blicken, links wie rechts, wenn es um Verfassungsfeinde geht. - (Beifall)

Ich muss mich wirklich „zusammenreißen“, um an dieser Stelle nicht zu sehr parteipolitisch zu werden. Für mich ist das unglaublich. Wir haben ein hervorragendes Commend aller demokratischer Parteien in diesem Stadtrat. Die Grünen sind hierbei in gleicher Weise angesprochen, als wenn es um den Kampf gegen Rechtsextreme, Rechtsradikale und Neonazis geht. Mir fällt in Anbetracht dessen, was der Verfassungsschutz über die Arbeiterbewegung zur Wiedererrichtung der KPD ausführt, gar nichts mehr ein. Deren Schriften und Veranstaltungen werden vom Verlag „Das freie Buch“ herausgegeben und durchgeführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte besinnen Sie sich und geben sich einen Ruck. Wir sollten einheitlich dabei bleiben, gegen Verfassungsfeinde von rechts wie links gemeinsam vorzugehen. - (Beifall)

Des Weiteren möchte ich als Aufsichtsratsvorsitzender der Münchner Gewerbehof GmbH wissen, was die Aufforderung „*möglichst rasch [...] die erforderlichen Flächen zur Fortführung ihres Gewerbebetriebs anzubieten*“ bedeuten soll. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, soll das heißen, die bestehende Warteliste wird ignoriert? Soll das heißen, die Regel, der bereits nachbarschaftlich angrenzende Mieter bekommt diese Fläche für ggf. Erweiterungen zuerst angeboten, wird außer Kraft gesetzt? Soll das eine Begünstigung sein? Darauf hätte ich gerne Antworten.

OB Reiter:

Die werden Sie bekommen.

StR Reissl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin bis vor kurzem davon ausgegangen, wir entscheiden hier über eine Sachfrage. Ich habe mich anscheinend ein klein wenig getäuscht. - (Zwischenrufe) - Ich möchte das nicht überhöhen. Ich bin vollkommen bei Horst Lischka und finde die Inanspruchnahme der Arbeiterbewegung durch diese Einrichtung und diese Partei ebenfalls für vollkommen daneben gezielt. Ich wundere mich ganz ausdrücklich über die Grünen, über DIE LINKE. nicht. Das muss ich einmal deutlich sagen.

Wir betrachten den Verlag als einen gewerblichen Mieter in einem Anwesen der Landeshauptstadt München. Das Anwesen hat eine wechselvolle Geschichte, das haben bereits viele gesagt. Mario Schmidbauer hat den Zusammenhang zur Stadtsanierung hergestellt. In der Stadtsanierung war dies zugegebenermaßen ein später Fall. Er befindet sich jedoch immerhin in einem ehemaligen Sanierungsgebiet. Ein Instrumente für die Sanierungsgebiete war, in den Hinterhöfen ansässige Gewerbebetriebe... Ich möchte das erst einmal nur als Angelegenheit eines dort ansässigen Gewerbebetriebs betrachten.

Mein Gott, welche ideologische Überhöhung findet hier statt. Wie weit ist der Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD gekommen? Er ist noch nicht einmal zum Wiederaufbau der KPD gekommen, geschweige denn sonst irgendwo hin. Ich weiß nicht, warum so einen Zinnober veranstaltet werden muss. Ich habe das bei Manuel Pretzl nicht verstanden und bei Dir auch nicht. Vielleicht hat noch einen bisschen Unterhaltungswert für die eigenen Leute sein müssen. Zu einer sachgerechten Lösung in der Frage, über die wir beieinander sitzen, und meiner Meinung nach schon viel zu lange reden, hat das überhaupt keinen Beitrag geleistet. - (Beifall)

Wir haben diesen Antrag formuliert - keine Ahnung, ob wir dafür Unterstützung bekommen -, weil wir denken, wir leisten damit einen Beitrag zur Lösung. Sicherlich ist der Mietvertrag zum 31.12.2016 ausgelaufen. Das heißt jedoch noch lange nicht, dass die Räumlichkeiten, die diesem ausgelaufenen Mietvertrag unterliegen, für die Stadt bereits wieder verfügbar sind. Wir leben in einem Rechtsstaat und egal wer, auch die Druckerei, der Verlag und der Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD, haben selbstverständlich den Rechtsstaat an ihrer Seite.

Es kann entweder eine Lösung gesucht werden, zum Beispiel angelehnt an die Lösungen, die wir jahrzehntelang in Sanierungsgebieten angewendet haben, nämlich ein solches Angebot zu machen und zu versuchen, es umzusetzen oder zu entscheiden, das ist uns egal, wir streiten mit denen bis zum Bundesgerichtshof. Allerdings dauert es dann fünf Jahre, wenn es bis zum Bundesge-

richtshof geht. Wir können so weiter machen, wenn das die bevorzugte Lösung der CSU ist. Jedes Mal, wenn wir in die nächste Instanz gehen, können wir wieder zum Gaudium der CSU-Mitglieder aus der Satzung oder dem Grundsatzprogramm des Arbeiterbundes zum Wiederaufbau der KPD zitieren. Bitte kündigt das rechtzeitig an, ich komme dann eine Stunde später, weil mich das überhaupt nicht interessiert. - (Beifall)

Kehren wir bitte zur Sachauseinandersetzung zurück. Wir stehen zu dem, was wir im Dezember gesagt und beschlossen haben. Jetzt haben wir dazu eine Bitte. Es geht um einen Gewerbebetrieb, in dem Menschen arbeiten. Es muss ihnen nicht einfach die Existenzgrundlage genommen werden. Wenn wir ein Interesse daran haben, die Mietsache frei zu bekommen, können wir doch den Versuch unternehmen, dem Verlag dabei zu helfen, Ersatzflächen zu finden. Es kann dabei am Ende immer noch herauskommen, dass sie das Angebot ablehnen oder sagen, die Hilfe wollen wir nicht. Wir haben dann jedoch diesen Schritt wenigstens nicht unversucht gelassen. - (Beifall)

Der gemeinsame Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste und DIE LINKE.
wird gegen die Stimmen der Antragstellerinnen **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag der SPD wird mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste und DIE LINKE. sowie einer Stimme der ÖDP **beschlossen**.

Haushalt der Landeshauptstadt München, Was haben wir gespart?

Antrag Nr. 2631 der ÖDP vom 11.11.2016

Aktensammlung Seite 5429

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir wollten mit unserem Antrag erfahren, welche Einsparungen die Arbeitsgruppe „Haushalt der Landeshauptstadt München“ ausfindig machen, diskutieren und beschließen konnte. Sie schreiben in einer relativ dünnen Vorlage, dass diese Arbeitsgruppe wichtige Erkenntnisse geliefert und vor allen Dingen dem interfraktionellen Austausch gedient hat. Da bin ich bei Ihnen. - (Heiterkeit) - Das meine ich gar nicht belustigend. Ich fand es richtig, sich auszutauschen. Es hat auch wichtige Erkenntnisse geliefert. Das spricht allerdings eher dafür, die Arbeitsgruppe fortzuführen.

Ich habe immer das Ziel gesehen, Einsparungen zu finden, zu diskutieren und vielleicht vorzubereiten. Beschließen wird sie der Stadtrat. Auch das ist meiner Meinung nach eine Daueraufgabe. Wir werden im Herbst wieder einen Haushalt beschließen, und wir werden uns immer über Einsparungen unterhalten müssen. Insofern halte ich es für falsch, diese Arbeitsgruppe aufzugeben. Es ist richtig, sie auszusetzen und durch die Arbeitsgruppe Verwaltungsoptimierung abzulösen. Wir sollten das Thema aber wieder aufgreifen.

Wenn wir das zweite Ziel, das Sie in der Vorlage weitgehend verschweigen, wieder aufnehmen würden - nämlich tatsächlich Einsparungen zu finden -, würde mich das auch freuen. Allerdings müssen wir uns über die Systematik solcher Diskussionen unterhalten. Wir müssen über die Herangehensweise sprechen, denn an diesem zweiten Ziel sind wir schlichtweg gescheitert. Ich würde Sie deswegen auffordern, noch einmal darüber nachzudenken: Wenn wir in der Arbeitsgruppe Verwaltungsoptimierung einige wichtige Themen abgehakt haben, können wir vielleicht gegen Herbst das Thema Haushalt wieder aufgreifen und die Herangehensweise überdenken, wie wir Einsparungen finden, damit das zielführender wird.

OB Reiter:

Herr Kollege Ruff, Sie haben meine Einschätzung geteilt. Wir beide waren immer da! Einige andere waren auch immer anwesend. Nicht alle! Ich habe versucht, die Ergebnisse nüchtern darzustellen, und glaube, wir sind ganz gut damit beraten, uns jetzt erst einmal weiter um das Thema

Verwaltungsoptimierung zu kümmern. Ich sage gerne zu Protokoll: Wenn dort Einsparvorschläge kommen, die diskussionsfähig sind, werden wir sie nicht von der Tagesordnung schubsen! Mein ursprünglicher Ansatz war eigentlich, dass wir uns auch über Haushaltseinsparungen unterhalten können.

Ich bin auch bei Ihnen, wenn Sie sagen, in der bisherigen Form ist es nicht wirklich zielführend gewesen. Aus diesem Grund habe ich gesagt, so mache ich nicht weiter. Man muss sich über neue Vorgehensweisen Gedanken machen. Ich bin gerne bereit, gute Ideen zu einer besseren Gestaltung aufzunehmen. Derzeit ist die Arbeitsgruppe Haushalt ausgesetzt. Ich will nicht ausschließen, dass sie wieder fortgesetzt wird. Wir können uns darüber auch gerne in der Arbeitsgruppe Verwaltungsreform noch einmal unterhalten. Beides schließt sich nicht aus, sondern bedingt sich eher. Die Grundidee der Arbeitsgruppe Verwaltungsreform war nämlich auch, am Ende zumindest ein gewisses Maß an Synergieeffekten mitzubedenken. Nehmen Sie das als positiven Wortbeitrag! Wir werden uns unterhalten, wie man es besser machen könnte. Danke schön!

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Ratsbegehren über den Bau einer 3. Startbahn am Münchner Flughafen
Antrag Nr. 2508 von StR Wächter und
StR Schmude vom 29.09.2016

Aktensammlung Seite 5431

StR Wächter:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den ganzen Vormittag über LiMux und rote Fahnen diskutiert. Eigentlich habe ich gedacht, es wird ein langweiliger Vormittag. Ich möchte mich aber bei den Kolleginnen und Kollegen für die Diskussion bedanken! Was wir heute Vormittag erlebt haben, war fast besser als das abendliche Fernsehprogramm.

Ich würde gerne zwei Minuten über ein Herzensthema reden, nämlich über direkte Demokratie. Wir waren in dem Ausschuss letzte Woche nicht dabei, in dem die Beschlussvorlage behandelt wurde. Direkte Demokratie könnte, wenn es nach mir ginge, in Deutschland viel öfter genutzt werden. Wir sehen bei den Schweizern, wie es funktioniert. Leider kann direkte Demokratie auch missbraucht werden. Ich bin fest davon überzeugt, dass die direkte Demokratie 2012 mit dem Bürgerbegehren zur dritten Startbahn missbraucht wurde. Es wurde nur ein Teil der betroffenen Menschen gefragt, nämlich die Münchner Bevölkerung.

Direkte Demokratie heißt auch, dass man eine Frage ein zweites Mal stellen darf. Ich habe den Änderungsantrag der Grünen für den Ausschuss gelesen. Damit wollen sie quasi verhindern, dass die Frage noch einmal gestellt werden darf. Das kann es nicht sein! Es ist nicht der Sinn und Zweck direkter Demokratie, eine Frage einmal zu stellen und sie dann für hundert Jahre beantwortet zu lassen. Das Bürgerbegehren zur 3. Startbahn ist jetzt fünf Jahre her. Wir haben den Antrag auf ein Ratsbegehren gestellt, weil wir der Meinung sind, dass es wieder einmal Zeit wird, die Bevölkerung zu fragen. München wächst, das Umland wächst. Wie gesagt wurden leider nur die Münchner gefragt, deswegen können wir auch nur die Münchner erneut fragen. Wir haben bewusst den Termin zur Bundestagswahl gewählt, weil eine hohe Beteiligung gewährleistet sein muss.

Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen, vor allem die Befürworter der dritten Startbahn, auf ein weiteres Problem hinweisen. Ich hoffe, dass es irgendwann ein Bürgerbegehren geben wird. Wir werden dann neben den Grünen eine weitere Partei erleben, die heute nicht mehr hier ist und die

sich auch massiv gegen diese Startbahn positionieren wird. Ich bin daher der festen Überzeugung: Man braucht eine hohe Wahlbeteiligung. Wenn Sie der Beschlussvorlage heute zustimmen, bleibt nur die Landtagswahl 2018 als Termin. Deswegen kündige ich hiermit schon einmal an, dass wir den gleichen Antrag in quasi demselben Wortlaut spätestens in einem Jahr noch einmal stellen werden. Vielen Dank.

OB Reiter:

Herr Wächter, eigentlich sind meine Haltung, die Meinung der Bayerischen Staatsregierung und auch die Einstellung der Mehrheitsfraktionen im Rathaus dazu relativ bekannt. Ich glaube, der Pfad, den wir jetzt beschritten haben, ist vernünftig. Es wird in den nächsten Monaten ein Gespräch mit der Bayerischen Staatsregierung in kleinerem Rahmen geben. Wir werden die Zahlen evaluieren und eine transparente Aufbereitung der Flugbewegungen sehen. Das ist jedenfalls die Forderung, die ich gestellt habe. Wir werden wissen, wie sich die Zahlen 2015 und 2016 entwickelt haben. Dann brauchen wir aus meiner Sicht mindestens noch eine valide Prognose für 2017, wann auch immer diese erstellt werden kann. Wenn wir diese Zahlen kennen, bleibe ich bei dem, was ich immer gesagt habe: Wenn die Mehrheitsfraktionen es beschließen, werde ich dem Stadtrat irgendwann, ggf. Anfang 2018, vorschlagen, ein erneutes Bürgerbegehren via Ratsbegehren anzuregen.

Das mache ich allerdings nur dann, wenn die Voraussetzungen so sind, wie ich sie geschildert habe. Heute lesen Sie in der Zeitung, dass sich gerade eine Fluglinie aus dem Flughafenbetrieb verabschiedet hat. Ob das dazu dient, die Zahlen zu erhöhen, werden wir sehen. Ich werde mich an die Zahlen der Starts und Landungen halten. Danach werden wir jeweils den Stadtrat damit befassen, sodass Sie dazu Ihre Haltung zum Besten geben können. Über den Termin reden wir, wenn wir wissen, ob wir die Bürger befragen oder nicht. Nicht anders herum, das macht relativ wenig Sinn!

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von LKR und BIA **beschlossen**.

- BM Schmid übernimmt den Vorsitz -

Standortbeschluss für zwei neue Unterkünfte für anerkannte Flüchtlinge

Aktensammlung Seite 5439

StR Richter:

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister! Der Herr Oberbürgermeister hat vor gut einem Jahr in einem ganz ähnlichen Zusammenhang im Rahmen seiner üblichen Verdammungsstrophe am Ende meines Wortbeitrages etwas Grundsätzliches gesagt. Das möchte ich kurz zitieren, weil es Ihren Kurs in Sachen Flüchtlings-/ Unterbringungspolitik zum Ausdruck bringt. Herr Oberbürgermeister hat damals, am 27.01.2016, gesagt:

„Wir werden weiterhin Flüchtlingsunterkünfte beschließen und auch weiterhin dafür sorgen, dass die Menschen, die auf der Flucht zu uns kommen, bestmöglich bei uns behandelt werden.“

Das ist eine klare Aussage.

Heute gibt es einen weiteren Standortbeschluss über zwei neue Unterkünfte für vorgebliche sog. Flüchtlinge, Am Moosfeld in Trudering und in der Lotte-Branz-Straße. Die Kosten spielen diesmal eine untergeordnete Rolle. Sie sind diesmal im Vergleich zu den Kosten, die sonst meistens zur Debatte stehen, nicht allzu groß. Trotzdem sollten sie erwähnt werden, denn für die Unterbringung und Verpflegung Ihrer Gäste aus aller Welt hat ja trotzdem der Steuerzahler aufzukommen - meistens mit nicht ganz unerheblichen Summen.

Die Sitzungsvorlage spricht hier von insgesamt 620.000 € für 2017 und 2018, wobei es sich im Wesentlichen um das Auslegen der Ablöse für Küchenzeilen im Wert von je 190.000 € handelt. Das sind vergleichsweise Peanuts, und das Geld kommt in diesem Fall wieder herein. Soweit ist alles im grünen Bereich. Wir sprechen bei dieser Sitzungsvorlage auch nicht über die normalerweise anfallenden Folgekosten, die mit der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zusammenhängen: Wir reden hier nicht über die fälligen Sozialleistungen, Dolmetscher-Kosten, Gerichtskosten, Gesundheitsuntersuchungen, Sprachkurse etc., sondern nur über diese zwei Objekte, ihre Tauglichmachung und die Ablösesumme für die Küchenzeilen.

Ich erlaube mir - was Sie natürlich nicht zu interessieren braucht - mein grundsätzliches ceterum censeo einzuwerfen: Bei der Güterabwägung, was unsere Stadt braucht, was ihr guttut und was vielleicht nicht, ist man gerade im Zusammenhang mit Flüchtlingen kein Unmensch, wenn man kein Verständnis für die immer weiter gehende Errichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte hat. Ich habe dieses Verständnis nicht. Es ist Ihnen natürlich unbenommen, dieses Verständnis aufzubringen. Da sind wir eben verschiedener Meinung. Das sind grundsätzlich unterschiedliche Standpunkte. Das ist so, da brauchen wir nicht groß zu diskutieren.

Noch weniger Verständnis muss man allerdings dafür haben, wie Sie in der Bayerischen Landeshauptstadt die Umsetzung Ihrer Flüchtlingspolitik, Ihrer Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen, konkret praktizieren. Die Sitzungsvorlage erwähnt mit Blick auf „besseren Unterbringungsstandard“, wie es heißt, sog. Flexi-Heime, also Unterkünfte in Flexi-Bauweise. Das sind Apartments mit in der Regel je zwei Zimmern, die sich ein bis zwei Personen teilen. Sie teilen sich auch je ein Bad und eine zugehörige Küchenzeile. Folgt man der Sitzungsvorlage, sollen auf diese Weise in Trudering 180 Personen und in der Lotte-Branz-Straße 111 Personen untergebracht werden.

Hier setzt auch schon die Kritik an, die zur Sprache kommen muss. Es ist mit Händen zu greifen, dass diese Zahlen - 180 und 111 Personen - angesichts des Bedarfes an weiteren Unterbringungsplätzen, den die Sitzungsvorlage ebenfalls geltend macht - nämlich 3.150 Plätze für die nächsten zwei Jahre - so etwas wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein ist. Man kann auch grundsätzlich in Zweifel ziehen, ob das Konzept, das hier angesprochen ist, zielführend ist. Ist es unbedingt wünschenswert oder vertretbar, künftigen - sagen wir ruhig- „Kostgängern“ der bundesdeutschen Aufnahmegesellschaft routinemäßig einen Wohnkomfort zu bieten, von denen diese Menschen in ihrer Heimat in aller Regel nur träumen können? Sie sind bekanntermaßen weder für den Arbeitsmarkt noch für viele Betriebe noch für den öffentlichen Frieden ein Himmels Geschenk. Der Wohnkomfort ist zudem - das muss man mit Blick auf Wohnungslose ruhig sagen - auch für Menschen in unserem Land nicht unbedingt selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich noch etwas vorhalten lassen. Kleine Apartment-Wohnungen, ein Dach über dem Kopf, eine Küchenzeile, ein Bad für ein bis zwei Personen: Das ist ein gewisser Unterbringungskomfort, der nicht selbstverständlich ist. Damit lösen Sie in aller Welt natürlich schon bestimmte Wunschvorstellungen und Begehrlichkeiten aus, die inzwischen selbst die Bundespolitik nicht mehr in alle Welt transportieren möchte.

Sie argumentieren als Kommunalpolitiker gerne mit dem Königsteiner Schlüssel, mit unseren Verpflichtungen zur Unterbringung und damit, dass die Umsetzung der Flüchtlingspolitik in aller Regel Landes- bzw. Bundeskompetenz ist und man als Kommune wenig Gestaltungsmöglichkeiten hat. Das stimmt aber nicht ganz. Gerade wir auf kommunaler Ebene hätten sehr konkrete Möglichkeiten, nicht auf Teufel komm raus in alle Welt die Fata Morgana eines Schlaraffenlandes zu transportieren, in dem man viele Dinge gratis bekommt und zu guter Letzt auch noch in schicken kleinen 1- bis 2-Zimmer-Appartements mit Küchenzeile und Bad kostenlos untergebracht wird.

Wenn wir von der konkreten Umsetzung der Unterbringungspolitik sprechen, ginge es auch sehr viel anders. Das wissen Sie. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, Ihnen in diesem Zusammenhang das wegweisende und - wie ich finde - in jeder Weise nachahmenswerte Beispiel Ungarn in Erinnerung zu bringen. Ungarn ist kein schwarzafrikanisches Entwicklungsland, sondern ein gut europäisches, gut demokratisches EU-Land. Dort müssen Flüchtlinge aber z. B. mit sehr viel weniger Willkommens-Luxus auskommen als in unseren Breiten.

Auch im nicht weniger demokratischen Australien kommen Asylbewerber erst einmal in Anhalterlager weit weg von jeder größeren Wohnsiedlung. Dort werden sie festgehalten, bis über ihr Asyl-Begehren entschieden ist. Das sind alles gangbare Modelle, wie man Flüchtlingspolitik konkret ausgestalten kann. Ich kann die Erwartung aussprechen, dass diese Tendenz sich wahrscheinlich im Zuge der derzeit zu beobachtenden weltweiten politischen Trendwende irgendwann in unseren Breiten durchsetzen wird - auch wenn Sie im Münchner Rathaus noch glauben, verzweifelte Rückzugsgefechte führen zu müssen.

Wenn Sie trotzdem an der ebenso kostspieligen wie in meinen Augen politisch verfehlten Flüchtlings- und Unterbringungspolitik festhalten wollen, wie Sie es unter dem Stichwort „Willkommenskultur“ praktizieren, müssen Sie sich nicht nur den Vorwurf einer notorischen Unbelehrbarkeit und Realitätsferne gefallen lassen. Es gilt auch der Vorwurf, dass Sie ganz konkret zulasten unserer Bürger, möglicherweise auch zulasten des sozialen Friedens in unserer Stadt vorgehen.

Auch wenn es noch so abgedroschen klingt, auch wenn es in den letzten 25 Jahren so ziemlich jeder durchdekliniert hat, der etwas auf seinen guten populistischen Ruf gehalten hat - sei es Franz Schönhuber, Gerhard Schröder, Sahra Wagenknecht oder Udo Voigt: Wir sind nicht das Sozialamt der Welt. Es gibt kein Grundrecht und keine Verpflichtung, in unserem Land in 2-Zimmer-Appartements mit Küchenzeile und Bad durchgepäppelt zu werden. Wahrscheinlich braucht es doch noch den einen oder anderen herzhaften Schlag auf den Hinterkopf - vielleicht in Form von recht

deutlichen Wahlergebnissen, die inzwischen auch bei uns zu beobachten sind -, bis sich diese in keiner Weise anrühige Binsenweisheit auch hier im Münchner Rathaus herumspricht.

Nach meiner Zählung müsste das 30. oder 35. Standortbeschluss sein, den Sie den Münchner Bürgern zumuten. Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich auch diesen Standortbeschluss nicht mittrage. Herr Bürgermeister, im Übrigen hoffe ich natürlich, dass ich Ihnen diesmal vielleicht doch den einen oder anderen Stichpunkt geliefert habe, damit Sie Ihre jetzt folgende rituelle Verdammungsstrophe ein klein wenig variieren können. Herzlichen Dank fürs Zuhören!

BM Schmid:

Herr Richter, das war für Ihre Verhältnisse heute eine nicht ganz so ausfallende Rede. Da haben wir schon ganz anderes erlebt. Wer aber weiß, wes Geistes Kind Sie sind, weiß auch: Wenn Sie hier über das Wie der Umsetzung reden - über das man selbstverständlich und insgesamt gerne reden kann, meinen Sie in Wirklichkeit nicht das Wie. Mit Begriffen wie „Unterbringungskomfort“ und „Kostgänger der bundesdeutschen Aufnahmegesellschaft“ - wir reden hier wohlgerne über anerkannte Flüchtlinge, also Menschen mit Bleibeperspektive! - haben Sie es trotzdem wieder geschafft, zu zeigen, wes Geistes Kind Sie sind. Zulasten des sozialen Friedens agiert nicht die Mehrheit des Münchner Stadtrats, sondern allenfalls Sie! - (Allgemeiner Beifall)

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimme der BIA **beschlossen**.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 13:06 Uhr-

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 15. Februar 2017

Reiter
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll